

Sand im Getriebe 135

PDF-Version: <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig> Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Streiks - Demonstrationen in Frankreich Rote Karte!



Das Transparent : "Metro Boulot Caveau - non merci" = "U-Bahn, Job, Friedhof - nein Danke" ist eine Abwandlung des schon alten Spruchs "metro boulot dodo" (U-Bahn, Job, Schlafen), womit angeprangert wurde, dass keine Zeit zum LEBEN mehr bleibt.)

Frankreich	
Streiks, Blockaden und Demonstrationen nicht nur gegen die Rentenreform - Willi Hajek: Brief aus dem Süden zu Anfang des Jahres 2020	3
Catherine Perret: Angriff auf das Solidarsystem	4
Gewerkschaft CGT: Für eine gerechte und solidarische Rentenreform	5
Attac Frankreich: Für das Recht auf einen würdigen und glücklichen Ruhestand	6
Ein Gewinner der Rentenreform: BlackRock	7
„Wir sind entschlossen!“ - Seit dem 5.Dezember 2019: STREIK- und AKTIONSTAGE	9
Gewerkschaftsbündnis: 42 TAGE SPÄTER – Aufruf	12
Aktuelle Nachrichten – Hinweise auf Quellen	13
Rote Karte für Macron	14
Internationale Solidarität Streiks im Baskenland und Belgien	15
Perspektiven in Frankreich?	16

Aurélie Trouvé, Attac Frankreich: Die fünf Herausforderungen des sozialen und ökologischen Kampfes	17
Gaspard d'Allens: Einfluss der Gelbwesten auf die Umweltbewegung	19
Wahlen im Vereinigten Königreich	
Die Verlierer – Labour / Nordirland Rebecca Long-Bailey: Eine ehrliche Debatte darüber, warum wir verloren haben / Keir Starmer: Für wirtschaftliche, soziale und Klimagerechtigkeit	21
EU-Kommission	
Mitglieder von Attac Österreich: Neue EU-Kommission: Militarisierung, Abschottung und grüne Symbolpolitik	26
PG Europa von Attac DE: EU: neue Führung, alte Probleme	28
Vor 10 Jahren: Lissabon-Vertrag trat in Kraft	29
Freilassung für Julian Assange!	30
Iran / NATO-Manöver Defend 2020	31

Vorwort

Seit dem 5. Dezember finden in Frankreich Streiks, Blockaden und Demonstrationen gegen die **Rentenreform** statt. Die Macron-Regierung kann nur wenige mit einem – auch noch vorläufigen! – Zugeständnis bezüglich des Renteneintrittsalters zufrieden stellen. **Attac Frankreich, die CGT, Solidaires, das Réseau Retraites** u. v. m. fordern eine Rücknahme des gesamten Gesetzentwurf. Sie prangern die beabsichtigte Privatisierung der Rentenversicherung zugunsten von solchen Finanzfonds wie **BlackRock** an, in Frankreich durch die Loi Pacte und in der EU mit den PEPP-Richtlinien unterstützt. Sie weisen daraufhin, dass die Finanzierung der Renten längerfristig gesichert sein kann, wenn eine andere Steuer- und Lohnpolitik betrieben wird: „Solidarität und Verteilung des Reichtums“.

Es wird weiter **gestreikt und blockiert**: In vielen weiteren Bereichen des öffentlichen Diensts, in Raffinerien und Häfen, im Kulturbereich, bei den Rechtsanwälten. Phantasievolle und freche Aktionsformen werden entwickelt, es wird darüber **debattiert**, mit welchen Mitteln die Regierung zum Rückzug des Gesetzentwurfs gebracht werden kann. Am **24. Januar** soll der Gesetzentwurf im Ministerrat behandelt werden, und für diesen Tag wird zu massiven Streiks und Protesten aufgerufen.

Die Entschlossenheit der **Gelbwesten-Bewegung**, die trotz massiver polizeilicher Repression, trotz der vielen Verletzungen und der drakonischen Geld- und Gefängnisstrafen immer noch sehr lebendig ist, scheint also auf manche Menschen in Frankreich übersprungen zu sein. Gewerkschaftsmitglieder, KünstlerInnen, Gelbwesten, WissenschaftlerInnen und viele andere Menschen stehen jetzt Seite an Seite auf. Über die Kritik an dieser Reform hinaus drückt sich in diesen hartnäckigen Kämpfen dieses "Schnauze voll"-Gefühl und die Sehnsucht nach einer Gesellschaft, in der Solidarität und nicht Wettbewerb herrscht (**Rote Karte**).

Die ganze „Macronie“ muss weg - diese Zuspitzung des Neoliberalismus, die einen scharfen sozialen Abbau im Eiltempo durchsetzen will, immer stärker Züge eines repressiven Regimes zeigt und das Parlament – wo doch Macron eine komfortable Mehrheit hat – mit dem auferlegten „Schnellverfahren“ möglichst wenig beteiligen will. Ob die zersplitterten **Linken** es schaffen, gemeinsam ein alternatives Regierungsprogramm zu entwickeln? **Aurélie Trouvé (Attac Frankreich)** nennt die fünf Herausforderungen des sozialen und ökologischen Kampfes.

Ob sich in anderen (europäischen) Ländern das Bewusstsein durchsetzt, dass die sich erhebenden Menschen in Frankreich eigentlich die gleichen gesellschaftlichen Zustände anprangern, unter denen selber gelitten wird? Gewerkschaftsgruppen und weitere Gruppen haben sie nicht allein gelassen, sondern durch Spenden, Erklärungen und Delegationen unterstützt. Danke!

Auch in dieser Nummer SiG 135: Zwei sich ergänzende Stellungnahmen anlässlich des Amtsantritts der **neuen EU-Kommission**; Übersetzungen von Texten über die **Wahlen in Großbritannien**; ein Appell, **Julian Assange**, dessen Haftbedingungen als Folter betrachtet werden, nicht auszuliefern und ihn aus dem Gefängnis zu entlassen – und einige Einblicke in die Kriegsmaschinerie (**Iran, Defend 2020**)
Ergänzungen zu dieser Nummer und Vorabdruck von Artikeln für SiG 136 in unserer **Werkstatt**



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Der SiG-Newsletter kann abonniert werden:

Eintragung online (rechte Spalte!): <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/>

Das Inhaltsverzeichnis aller Nummern und Sondernummern steht auch [hier](#) zur Verfügung.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €). **Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.**

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3,50 €, 2 Hefte: 5,50 €, 3 Hefte: 7 €, 4 Hefte: 8,50 €, ... 10 Hefte: 18 €

Bis zur Nr. 120: pro Heft 1 € + Porto: portofrei ab 5 Heften

Abonnement: 18 € für 6 Ausgaben.

An dieser Nummer haben mitgewirkt: Marie-D. Vernhes, Sabine Gondro, Werner Horch (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben.

V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Frankreich

Streiks, Blockaden und Demonstrationen gegen die Rentenreform und mehr



*"Ich schenke meinen Enkelkindern das schönste Weihnachten: ich kämpfe für ihre Rente!"
(auf dem gelben Schild vom 87-jährigen Mann)*

Willi Hajek Brief aus dem Süden zu Anfang des Jahres 2020

Es ist Januar 2020 und seit dem 5. Dezember haben wir hier eine Streikbewegung gegen die von der Macronie geplante Rentenreform. Die Rente soll dem deutschen Modell angepasst werden. Es geht natürlich dabei vor allem um die jüngeren Jahrgänge ab 1975 geboren, die nicht mehr die recht günstigen solidarischen Regelungen der älteren Jahrgänge bekommen sollen.

Die Rentenregelungen gehen auf eine Zeit zurück nach Ende des zweiten Weltkriegs, wo das Kräfteverhältnis der Klassen recht günstig war für die Seite der Arbeit. KP – Minister waren in der Regierung, Teile des Widerstands waren noch bewaffnet. Eine neue Sozialreform gegenüber den arbeitenden Klassen sollte verabschiedet werden, die gegenüber den bestehenden Gesetzen einen viel größeren solidarischen Schutz für die arbeitenden und besitzlosen Klassen bedeutete.

Seit mehr als 10 Jahren versuchen die sozialdemokratischen

wie rechten Regierungen diese sozialen und solidarischen Schutzgesetze abzuschaffen und alles den kapitalistischen Finanzmärkten zu öffnen. Auch die Rentenkassen sollen an die Börse gehen und dort Teil werden der laufenden Operationen des Finanzkapitals mit all den Schwankungen und Risiken.

Es ist einfach enorm spannend, wie sehr sich in diesem laufenden Prozess hier bei uns bei Teilen der Bevölkerung, gerade auch unter den Gelbwesten, eine Sensibilisierung herausbildet gegen dieses Macron-Regime und diese kapitalistischen Verhältnisse.

Das eine Jahr gilets jaunes hat vieles in diesem Land hier in Frankreich verändert, gleichzeitig aber erleben wir seit dem 5. Dezember 2019 und dem Beginn der Streikbewegung eine reale Annäherung zwischen dem wilden herumschweifenden Geist und den unberechenbaren Aktionen der Gelbwesten und dem geregelten Agieren der gewerkschaftlichen Bewegungen. Innerhalb der Streikbewegung ist der Geist der Gelbwesten präsent und zeigt sich auch zunehmend in dem immer direkter und offensiver werdenden Handeln der Streikbewegung. Gegen diese Regierung hilft eigentlich nur die totale Blockade. Mal sehen.

Am 3. Januar wurde ein Scooter-Fahrer von der Polizei kontrolliert. Es kam zu Auseinandersetzungen und abends kam die Nachricht. Cedric, 42 Jahre, 5 Kinder, ist im Krankenhaus gestorben an einem Genickbruch. Die Bilder und Berichte von Beobachtern des Geschehens auf der Strasse zeigen das wahre Geschehen: Es gab eine verbale Auseinandersetzung mit den Polizisten und er ist plötzlich zu Boden gedrückt worden. Sein Kehlkopf wurde dabei gebrochen, er ist erstickt (Autopsiebericht). In den Nachrichten mussten die herrschenden Medien eine Erklärung abgeben. Der Vater von Cedric hat der Macronie, den Mördern seines Sohnes, öffentlich bei einer Pressekonferenz, den Krieg erklärt und aufgerufen, sich gegen diese Übergriffe zu wehren. (S. [La-Bas](#), [Mediapart](#))

Es ist ein bewegender Moment, den wir zu Anfang des Jahres hier erleben, eine andere Zeitlichkeit herrscht, über 40 Tage im Streik und er wird weiter gehen. Nichts ist mehr wie vorher. Die Gelbwesten sind zum unruhigen Teil der gesamten Bewegung geworden, das Gelb und das Rot gehen zusammen und schaffen wirklich eine neue Färbung – so wie es in unserem Buch heißt, dass Anfang Januar 2020 in der Buchmacherei erschienen ist. Holt es euch nach Hause und lasst euch inspirieren und ermutigen für das Handeln im öffentlichen Raum und auf der Strasse.

Ciao - 15. Januar 2020

Gelb ist das neue Rot
Gewerkschaften und Gelbwesten in Frankreichs
Verlag Die Buchmacherei

Catherine Perret

Angriff auf das Solidarsystem

08.11.2019

Das an die Sozialversicherung gekoppelte französische Rentensystem stammt aus der Zeit der Befreiung Frankreichs von der deutschen Besatzung. Es wurde auf Initiative von Ambroise Croizat, französischer Minister für Arbeit und soziale Sicherheit und Gewerkschaftsvertreter des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (CGT), eingerichtet, um Zielsetzungen wie Fortschritt, Solidarität, Demokratie und sozialen Wandel voranzubringen. Die Sozialversicherung wurde in dieser Zeit von den Gewerkschaftsorganisationen in Vertretung der Arbeiterschaft mit dem alleinigen Ziel verwaltet, die Grundrechte zu stärken und um so die Bedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, Familienrechte und Renten abzudecken. In Frankreich handelt es sich hierbei ohne Zweifel um die bedeutendste soziale Ergründung des 20. Jahrhunderts.

Dieses Sozialmodell hat Frankreich ermöglicht, bei der Alterssicherung eine weltweit fast einzigartige Stellung einzunehmen. Die Lebenserwartung von Männern und Frauen ist in den letzten 60 Jahren im Schnitt um 14 Jahre gestiegen. Das Durchschnittseinkommen von Rentenempfängern im Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern liegt im internationalen Vergleich auf dem höchsten Stand, während die Armutsquote der Rentnerinnen und Rentner weltweit zu den niedrigsten zählt. Trotz des medizinischen Fortschritts wurde jedoch ein Rückgang der Lebenserwartung seit den Rentenreformen der Jahre 1993, 2003 und 2010 verzeichnet, die eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf weit über 62 Jahre zur Folge hatten.

Die sozialen Ungleichheiten haben sich im Zuge neoliberaler Reformen verfestigt. Heute leben die 5 % reichsten Franzosen im Schnitt 13 Jahre länger als diejenigen, die zu den 5 % der ärmsten Bevölkerungsteile gehören. Die Lebenserwartung eines 35-jährigen Arbeitnehmers ist sechs Jahre geringer als die eines leitenden Angestellten, die einer 35-jährigen Arbeitnehmerin drei Jahre niedriger als die einer Managerin.

Macrons Rentenpläne

Die aktuelle Regierung will unter dem Deckmantel der geplanten „Universalrente“ nach Rentenpunkten neue soziale Rückschritte durchsetzen, die den Abbau aller bestehenden Sozialsysteme nach

sich ziehen werden. Das Ziel wird haushaltspolitisch begründet: Der auf die Renten entfallende Anteil des BIP (13,8 %) soll verringert werden. Um dies zu erreichen, muss die Rentenhöhe schnellstmöglich um rund 20 bis 30 % gesenkt und das effektive Rentenalter auf 64 oder 65 Jahren erhöht werden.

Die erste Säule des Reformvorhabens betrifft die Rentenberechnung: Anstatt wie bisher die 25 besten Beitragsjahre in der Privatwirtschaft oder die sechs letzten Monate im öffentlichen Sektor heranzuziehen, soll nun das gesamte Einkommen einer beruflichen Laufbahn als Berechnungsgrundlage dienen. Die neue Berechnungsmethode wird eine deutliche Senkung der Altersrente bewirken und die Ungleichheiten insbesondere für diejenigen verschärfen, die durch prekäre Arbeitsverhältnisse oder Teilzeitarbeit vorbelastet sind. Der Niedrigverdienst in diesen Zeiten wird ihr Durchschnittseinkommen senken. Wenig überraschend ist, dass die Reform Frauen härter trifft, die im Schnitt bereits 20 % weniger Rente als Männer beziehen.

In einem zweiten Schritt sollen sämtliche Regelungen zurückgenommen werden, die Ungleichheiten verringern und den Besonderheiten von beruflichen Werdegängen und Berufsgruppen Rechnung tragen. Von den insgesamt 16 Millionen Rentenempfängern in Frankreich beziehen heute 15 Millionen Rentner Unterstützung durch mindestens eine Solidaritätsmaßnahme (Berücksichtigung der Anzahl von Kindern, Witwenstand, Anpassung für Niedrigverdiener, Zeiten der Arbeitslosigkeit usw.).

Die Rente „nach Punkten“ läutet das Ende der Solidarrente ein: Alle Unwägbarkeiten im beruflichen oder familiären Bereich werden die Rente beeinträchtigen, ohne durch die nationale Solidarität abgemildert werden zu können. Während beispielsweise Zeiten von Krankheit, Berufsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit gemäß der aktuellen Rentenregelung angerechnet werden (Berücksichtigung beitragsloser Zeiten), werden den Arbeitnehmer*innen die sogenannten „Karenztage“ nach Verabschiedung der Rentenreform verloren gehen. Die Karenzzeit wird bei Krankschreibung auf 30 Tage erhöht, so dass Menschen, die nicht in guter körperlicher Verfassung sind, doppelt bestraft werden!

Mit der Einführung der sogenannten „Universalrente“ nach Punkten werden die 42 bestehenden Grund- und Zusatzrenten verschwinden, die sämtliche beruflichen Besonderheiten berücksichtigen und für Ungleichheiten oder spezifische berufliche Belastungen entschädigen. Beispielsweise ist die Lebenserwartung von Arbeitnehmer*innen geringer, die starken chemischen Risiken und Arbeitsunfällen ausgesetzt sind, und auch von Beschäftigten, die Nacht- oder Schichtarbeit (morgens, abends, nachts) leisten. Nach Macrons Reformprojekt sollen jedoch Vorruhestandsregelungen aufgrund der Beschwerlichkeit der Arbeit für zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgeschafft werden.

Eine letzte bedeutende Folge dieser Reform: Der Wert von Rentenpunkten soll den Risiken der politischen, wirtschaftlichen und demografischen Konjunktur untergeordnet werden. Die Regierung wird ganz allein die Höhe der Rentenpunkte festlegen können, und zwar entsprechend den Zielen, die sie sich für den Staatshaushalt und auf politischer Ebene gesetzt hat.

Hinter dieser Reform zum Abbau des derzeitigen Rentensystems verbirgt sich ein umfassenderes politisches Vorhaben, nämlich die Privatisierung und Einführung eines kapitalgedeckten Rentensystems, das der privaten Versicherung den Weg bereitet. Dieses liberale Modell setzt einen durch und durch verwaltungstechnischen und buchhalterischen Mechanismus in Gang. Die Rentenpunkte, die während der Berufslaufbahn erworben werden, können keine ausreichende Altersversorgung mehr sicherstellen. Arbeitnehmer*innen, die finanziell gut ausgestattet sind, werden daher private Altersversicherungen abschließen, während alle anderen in die Armut abgleiten.

Die solidarische Alternative der CGT

(SiG-Red.: s. die nächste Seite!)

Catherine Perret ist Generalsekretärin des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbunds (CGT) und Verhandlungsführerin der CGT für die Rentenreform. Zudem ist sie Vorstandsmitglied der staatlichen Agentur für berufliche Erwachsenenbildung (AFPA)

Rosalux.eu

Gewerkschaft CGT

Für eine gerechte und solidarische Rentenreform

ZUSAMMENFASSUNG DER DEM MINISTERPRÄSIDENTEN AM 18. DEZEMBER 2019
VORGELEGTEN CGT-VORSCHLÄGE



Unser Rentensystem ermöglicht es vielen Beschäftigten, mit einer Rente in den Ruhestand zu gehen, die ihnen ein Leben in Würde ermöglicht. Die von den früheren Regierungen und den Arbeitgebern gewollten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben jedoch zur Prekarität und Fortführung von Ungleichheiten geführt, die durch dieses System nicht ausgeglichen werden und die dringend angegangen werden müssen.

Anstatt das System als Ganzes neu zu überdenken, um auf diese Situation zu reagieren oder, besser noch, um Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ungleichheiten zu bekämpfen, haben die Regierungen die Situation zur Kenntnis genommen und, als sei es unvermeidlich, das Rentensystem mit einer Reform nach der anderen (Balladur 1993, Fillon 2003, Touraine 2014, Delevoye usw.) verschlechtert. Durch die Verlängerung der Beitragszeit und daher faktisch der Arbeitszeit, durch die Reduzierung der Einnahmen, durch die Verweigerung, schwierige Arbeitsbedingungen einzuberechnen, werden wir alle dazu gebracht, mehr zu arbeiten. Darüber hinaus stellen wir fest, dass heute trotz eines gesetzlichen Rentenalters von 62 Jahren die Lohnabhängigen mangels ausreichenden Einkommens mit einem Durchschnittsalter von 63,5 Jahren ausscheiden.

Die CGT stellt diese Ausrichtung grundsätzlich in Frage.

Unsere Vorschläge lauten wie folgt.

Die wichtigsten Grundsätze

- Ein Rentenbeginn zum vollen Satz im Alter von 60 Jahren, eine Rente in Höhe von 75 % des Nettoeinkommens aus der Beschäftigung (berechnet auf die 10 besten Jahre oder die letzten 6 Monate); ein Mindestlohn von wenigstens 1800 Euro. Jeder muss in Würde von seiner Arbeit leben können, auch im Ruhestand, und das gilt für alle, sowohl für Angestellte als auch für Landwirte
- Einberechnung der Studienjahre
- Prekäre Arbeitsbedingungen müssen mitberücksichtigt werden
- Berücksichtigung schwieriger Arbeitsbedingungen (Nachtarbeit, körperliche Belastungen, Exposition gegenüber chemischen Stoffen usw.) für alle und Stärkung der bestehenden Vorruhestandsregelungen
- Kopplung der Renten an die Löhne und nicht an die Preise

Finanzierung

- Die sofortige Gewährleistung der Lohngleichheit für Frauen und Männer würde zusätzliche 6,5 Milliarden Euro für die Sozialversicherung bringen. Diese Maßnahme liegt in den Händen der Regierung, die die Macht hat, die Arbeitgeber zur Einhaltung der Vorschriften zu zwingen
- Eine Erhöhung des Beitragssatzes um 0,2 bis 0,4 Punkte pro Jahr würde die Nachhaltigkeit des Systems gewährleisten; dies entspricht einem Aufwand von 1,60 Euro pro Monat für die Arbeitnehmer und 2,40 Euro für die Arbeitgeber
- Schluss mit den Geschenken an die Arbeitgeber, indem die Befreiung von den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung beendet wird: 20 Milliarden Euro mehr für die Sozialversicherung
- Schaffung eines Sozialbeitrags auf die von den Unternehmen ausgeschütteten Finanzerträge in Höhe der Arbeitgeberbeiträge zu den Gehältern. Dieser Beitrag könnte 30 Milliarden Euro einbringen

- Die Bekämpfung der Steuer- und Sozialbeitragshinterziehung, die auf 60 bis 80 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt wird, könnte mehrere Milliarden Euro einbringen
- Umsetzung einer entschlossenen beschäftigungsorientierten Politik, insbesondere durch die Verkürzung der Arbeitszeit, damit jeder einen angemessen bezahlten Arbeitsplatz hat, was neue Einnahmen für die Sozialversicherung schaffen würde

Trotz der jüngsten Umfragen, die zeigen, dass nur 12 % der Bevölkerung das Projekt in seiner jetzigen Form beibehalten wollen, ist die CGT ohne jegliche Reaktion auf ihre Vorschläge aus dem Treffen herausgekommen.

Und was das Regierungsprojekt angeht, bleiben nach wie vor einige Fragen offen:

- Welchen Wert wird ein Punkt haben?
- In welchem Alter wird er oder sie in den Ruhestand gehen können?
- Wie viele Jahre wird er oder sie arbeiten müssen, um den vollen Satz zu bekommen?
- Wie viele Punkte wären nötig, um eine Rente von 1200 Euro, 1500 Euro, 2000 Euro zu bekommen?
- Wenn dieses Projekt so gut ist, warum wendet die Regierung es nicht sofort auf alle an?
- Wer kennt die Berechnung der Renten für nach 1975 Geborene?
- Wie will die Regierung die bisher angerechneten Trimester in Punkte umwandeln?
- Wer weiß, wo der Simulator der Regierung versteckt ist?

Die CGT ist daher weiterhin fest entschlossen, für ein anderes Rentensystem zu kämpfen, und **ruft die gesamte Arbeitswelt und die Jugendlichen auf, den Streik fortzusetzen und zu verschärfen, um das Kräfteverhältnis zu wahren und zu verändern.**

<http://syndicollectif.fr/propositions-cgt-au-1er-ministre/>

Attac Frankreich Für das Recht auf einen würdigen und glücklichen Ruhestand

POUR LE DROIT A UNE RETRAITE



DIGNE ET HEUREUSE

Montag, 2. Dezember 2019

Ziel des neuen Systems: Senkung des Rentenniveaus

Die Regierung will keinen weiteren Euro für unsere Renten ausgeben. Da die Zahl der Rentner steigt, kommt es einer Programmierung ihrer Verarmung gleich. Wie will sie das machen?

Heute wird jedem Lohnabhängigen ein seinem Beitragsniveau entsprechendes Rentenniveau garantiert. Mit dem Punktesystem gäbe es keine Garantie mehr. Der Einkaufswert eines Punktes und sein Wert zum Zeitpunkt der Verrentung können im Laufe der Zeit je nach dem Wohlwollen der Regierungen variieren.

Die Regierung schlägt außerdem vor, alle Arbeitsjahre zu berücksichtigen und nicht wie im derzeitigen System die besten Jahre, was automatisch zu niedrigeren Renten führt.

Sie verspricht, das gesetzliche Rentenalter von 62 Jahren beizubehalten, will aber ein „Gleichgewichtsalter“ von 64 Jahren einführen. Ein früherer Renteneintritt würde mit einem Abschlag bestraft. Angesichts der Tatsache, dass in der Privatwirtschaft zum Zeitpunkt des Rentenbeginns nur noch die Hälfte der Menschen in einem Beschäftigungsverhältnis steht, wird dies eine doppelte Strafe sein. Schlimmer noch, wie der Wert eines Punktes könnte das Gleichgewichtsalter von 64 Jahren im Laufe der Zeit variieren. Dies ist eine neue Variable, die dazu dienen wird, unsere Renten noch weiter zu reduzieren.

Kapitalisierung für die Reichsten

Mit dem Rückgang des Rentenniveaus würde die Kapitalisierung zu einer unvermeidlichen Beigabe werden ... für diejenigen, die es sich leisten können!

Die Reform ermutigt sie: Ab 10.000 Euro brutto pro Monat würden Bezie-

her hoher Einkommen nicht mehr zum gemeinsamen System beitragen und könnten private Rentensparverträge abschließen. Die mögliche Absenkung dieser Einkommensgrenze würde in Zukunft die Ressourcen des Umlagesystems weiter erschöpfen.

Frauen, prekär Beschäftigte, Beamte, alle verlieren!

Während Frauen mit ungünstigerem Werdegang durch die Berücksichtigung des gesamten Berufslebens Ansprüche verlieren werden, behauptet Jean-Paul Delevoye, die Ungleichheiten bei der Rente zwischen Männern und Frauen mit Familienrechten „vom ersten Kind an“ zu verringern (eine Rentenerhöhung von 5% pro Kind für den einen oder anderen Elternteil).

Aber er wird bestehende Rechte abschaffen, insbesondere die Anrechnung von Trimestern für jedes Kind. Die Hinterbliebenenrente, deren Begünstigte zu 90% Frauen sind, würde in vielen Fällen gekürzt. Die Solidaritätsmechanismen würden beschränkt und durch Steuern finanziert und könnten bei jeder jährlichen Haushaltsabstimmung in Frage gestellt werden.

Beamten verspricht die Regierung, Zuschläge zu berücksichtigen, aber dies wird nicht die Kürzung der Pensionen ausgleichen, die durch die Berücksichtigung der gesamten Laufbahn statt der letzten 6 Monate verursacht wird.

Tatsächlich wurde die Zusage einer auf 85% des SMIC angehobenen Mindestrente bereits im Gesetz von 2003 verankert. Sie sollte mittlerweile eingehalten werden.

Ein anderer Ansatz: Solidarität und Verteilung des Reichtums

Alle bisherigen Reformen gingen in die gleiche Richtung: ein immer gerin-

ger werdendes Verhältnis zwischen Rente und Lohn und eine Beitragszeit für eine Vollrente, die insbesondere von Frauen immer weniger zu erfüllen ist.

Das derzeitige Rentensystem basiert auf den Grundsätzen der Solidarität. Es ist notwendig, sie zu stärken, indem man die Politik der Reduzierung der öffentlichen Ressourcen in Frage stellt und die Entwicklung einer lokalen Wirtschaft fördert, die Arbeitsplätze schafft, den sozialen Zusammenhalt fördert und mit den Erfordernissen des Klimawandels und der Solidarität vereinbar ist.

Anstatt sich auf die immer gleichen ungerechten und unwirksamen liberalen Rezepte zu verlassen, könnte eine ehrgeizige und proaktive Regierung die Schaffung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen bei der ökologischen Umstellung unserer Wirtschaft und bei hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen fördern. Zusammen mit einer Erhöhung der Löhne und Maßnahmen zur Förderung der Lohngleichheit von Frauen und Männern würde dies automatisch neue Beitragseinnahmen für die Rentenkassen generieren.

Und um neue Mittel freizusetzen?

Wenn in Frankreich die Unternehmen des CAC 40 im Jahr 2018 eine Rekorddividende von 57,4 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausschütten konnten, könnte beispielsweise die Grundlage der Sozialversicherungsbeiträge durch die Einbeziehung von Finanzerträgen erweitert werden.

Das Ziel: eine Gesellschaft der Solidarität zwischen den Generationen, in der wir nicht mehr bis zur Arbeitsunfähigkeit arbeiten müssten, eine Gesellschaft, die der Arbeitslosigkeit und der Prekarität ein Ende setzt.

Quelle: [attac Fr](#); Übersetzung: SiG-Redaktion

ATTAC FRANKREICH (www.france.attac.org) setzt sich fast täglich mit den Begründungen der Regierung für die Rentenreform auseinander: [Blackrock](#), [schwedisches Rentensystem](#), [Neujahrsansprache](#) von Macron, [Rente](#) der Landwirte, u. v. m., [Video](#) (2 Min.), [Dossier](#) mit mehreren Widerlegungen der Regierungsbegründungen

Ein Gewinner der Rentenreform: BlackRock

Die Proteste bringen die Rentenreform ganz nach oben in den Medien – fast jeder beschäftigt sich damit und informiert sich. Zum Beispiel darüber, dass die Fondsgesellschaft Blackrock die Rentenreform stark beeinflusst hat – zusammen mit anderen Firmen. Das milliardenschwere Unternehmen will Profite machen und die Pensionsbeiträge am Kapitalmarkt anlegen. Wie das Investigativmagazin Médiapart [Anfang Dezember zeigte](#): Die „Ratschläge an die Regierung“ von Blackrock (hier [offiziell einsehbar](#)) werden in Gesetzen und Rentenreform umgesetzt. ([Kontrast.at](#))



Aktionen von Attac FR gegen den Fonds [BlackRock](#) - [Fotos](#) von [attac FR](#)

Streikende Eisenbahngewerkschafter haben die Eingangshalle des BlackRock-Sitzes in Paris besetzt (7.1.20). [video](#).

Attac Frankreich

Der Entwurf zu einem Rentengesetz fördert das Sparen für die Rente und die kapitalgedeckte Rente

Freitag, 10. Januar 2020

Der Text des Gesetzes zur Einrichtung eines universellen Rentensystems wurde heute Morgen von einer Reihe von Gewerkschaften und Organisationen, die Zugang zu diesem Text hatten, veröffentlicht.

In dieser Fassung des Gesetzes heißt es in Titel 5 Kapitel 2 Abschnitt 64 ausdrücklich, dass die Regierung die Versicherungswirtschaft aufruft, darauf hinzuwirken, dass alle Menschen für ihre Altersvorsorge privat sparen.

"Der Versicherungssektor ist aufgerufen, sich dafür einzusetzen, dass die Nutzung dieser Mittel [die es heute ermöglichen, alle Arten von Rentensparplänen zu versichern] weit verbreitet wird und damit die französische Wirtschaft von der durch das PACTE-Gesetz erzeugten Dynamik des Rentensparens voll profitieren kann. »

Attac Deutschland

BlackRock empfahl Macron die Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge

Die Umsetzung von Macrons Plänen würde die gesetzliche Rentenversicherung massiv schwächen und den Markt für kapitalgedeckte Renten vergrößern. Einer der Profiteure dieser als Rentenreform bezeichneten Umverteilung von öffentlichem zu privatem Vermögen wäre ausgerechnet Blackrock, die weltgrößte Vermögensverwaltungsgesellschaft.

Im Juni 2019 veröffentlichte BlackRock ein 16-seitiges Dokument mit dem Titel "Loi Pacte: Le bon plan Retraite", in dem das Unternehmen 14 "Empfehlungen" an die französische Regierung abgibt. BlackRock empfiehlt insbesondere die Einführung einer Quasi-Pflicht zur privaten Altersvorsorge in Unternehmen über die Grund- und Zusatzsysteme hinaus. "Warum ein solches Dokument schreiben, wenn nicht, um die Politik der französischen Regierung zu beeinflussen, also um Lobbyarbeit zu betreiben?", fragt Attac Frankreich zu Recht. - [mehr](#)

VERORDNUNG (EU) 2019/1238 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Juni 2019 über ein Paneuropäisches Privates Pensionsprodukt (PEPP) - Text hier: eur-lex.europa.eu

Soziale Säule der EU? - vgl. Beiträge von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats von Attac DE:

Werner Rügemer in SiG [126](#) S. 15 ff: „EU - Grenzlose Arbeitsflexibilität“, Anne Karras (VerDi) „Troika für alle? - EU-Kommission schlägt erneut finanzielle Belohnungen für Sozialabbau vor“ (SiG [127](#) Seite 17)

Jens Berger

BlackRocks Angriff auf die Rente

Im Januar 2017 hatte Larry Fink vor einem voll besetzten Saal der Deutschen Börse dem aufmerksamen Publikum seine Vorstellungen von der Zukunft der Altersvorsorge in Europa erklärt. In Europa und "ganz besonders in Deutschland" seien die Bürger bei ihrer Altersvorsorge "übermäßig abhängig von den staatlichen Renten". Die staatlichen Renten könnten allerdings „nicht mehr das Einkommen bieten, das sie für ihr längeres Leben benötigen“ und die private Altersvorsorge sei „unterentwickelt“. Daher forderte der BlackRock-Chef die Regierungen auf, in "Zusammenarbeit mit den Unternehmen eine langfristige, ganzheitliche Strategie" zu verfolgen. Um die Menschen zur Geldanlage in Aktienprodukte zu motivieren, sei jedoch eine gesetzlich garantierte Mindestverzinsung privater Altersvorsorgeprodukte, wie sie beispielsweise für Kapitallebensversicherung gilt, hinderlich. Derartige Garantien sollten doch besser auf wenige ganz bestimmte Produkte beschränkt werden - und dies natürlich europaweit.

Lieber solle man "den europäischen Sparern (...) zuverlässige Daten und die Anleitung, wie man investiert und für die Zukunft plant", in die Hand geben, so Fink.

Wie durch ein Wunder tauchten genau diese Gedanken ein halbes Jahr später in einem Gesetzentwurf ein "europaweites privates Altersvorsorgeprodukt" auf, den der Finanzkommissar Valdis Dombrovskis in die Brüsseler Gesetzgebung einbrachte. Der Name des Modells: **PEPP**, die Abkürzung für **Pan-European Personal Pension**. Ein garantierter Mindestzins und Kapitalgarantien sind darin nicht vorgesehen. Stattdessen soll ein "Qualitätssiegel" den Sparern die von Fink geforderte Anleitung an die Hand geben. Mit diesem Siegel sollen die Finanzkonzerne in allen EU-Staaten gleichzeitig ihre Fonds als Altersvorsorge vermarkten können. Und BlackRock ist genau in diesem Segment Marktführer. Europa stehe vor einer "nie da gewesenen demografischen Herausforderung" und es gelte nun, eine private Rentenvor-

sorge auf europäischem Niveau zu schaffen, so Dombrovskis. Nicht nur das Modell des PEPP, sondern auch die Argumente, mit denen das Modell von Valdis Dombrovskis propagiert wurde, gleichen 1:1 dem Vorschlag, den Larry Fink ein halbes Jahr zuvor in Frankfurt präsentiert hatte.

Koinzidenz? Zufall? Nimmt man die regelmäßigen Treffen von Dombrovskis und seinen Mitarbeitern als Maßstab, kann man da kaum an einen Zufall glauben. (...) Auch in der Kommission der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat Valdis Dombrovskis wieder einen Spitzenplatz ergattern können. Er bleibt Vizepräsident und sein Ressort wurde nun euphemistisch in "Wirtschaft für die Menschen" ("An Economy That Works for People") umbenannt.

Und Dombrovskis - oder sollte man lieber sagen Larry Finks? - PEPP-Modell konnte auch die parlamentarische Hürde nehmen. (Auszüge, [Heise](#))

Die heimlichen Herrscher der Welt

Auszüge aus einem Artikel in [News.at](#)

Herr Berger, wie lässt sich die Macht von Finanzkonzernen wie BlackRock an einem einfachen Beispiel für den Laien verdeutlichen?

Am besten ist es, wenn man sich diese gigantischen Zahlen ins Gedächtnis ruft. Alleine BlackRock hat fast 7 Billionen US-Dollar Vermögen unter seiner Verwaltung. Zusammen mit den Konzernen Vanguard und State Street, der weltweiten Nummer 2 und 3, sind es sogar 15 Billionen US-Dollar. Das sind 2.000 Dollar pro Kopf der Weltbevölkerung. Man muss sich vorstellen, dass diese sogenannten Vermögensverwalter das Geld ja treuhänderisch verwalten und es hauptsächlich in Aktien und Anleihen anlegen. Über diese Vermögensverwaltung bekommen diese Konzerne eine gigantische Macht bei den großen Aktiengesellschaften, die dort zu den größten Anteilseignern gehören. Bei 88% der 500 größten Aktiengesellschaften der USA ist einer der drei genannten Finanzkonzerne größter Aktionär. In Deutschland ist BlackRock bei jedem zweiten DAX30-Unternehmen der größte Aktionär. Das ist eine unglaubliche Machtfülle, die damit einhergeht.

Was macht die Konzerne gefährlich? Von welcher Macht sprechen wir?

Zum einen sind das kartellrechtliche Probleme, die diese Entwicklung mit sich bringt. Diese Finanzkonzerne sind sehr häufig an Unternehmen beteiligt, die eine Branche maßgeblich bestimmen. Zum anderen besteht auch ein Lobbyismus-Problem, denn diese Vermögensverwalter werden vor allem aus Produkten der privaten Altersvorsorge gespeist, die von ihnen verwaltet werden. Daher haben sie also ein großes Interesse daran, die Politik davon zu überzeugen, die private Altersvorsorge zu stärken und die gesetzliche zu schwächen.

Besonders Gründer Larry Fink und BlackRock stellen sich gerne als die Guten dar.

Es gibt viele Beispiele, dass die Charakterisierung „Wir sind die Guten“ doch so nicht stimmt. Das fängt bei Investitionen in die Rüstungsindustrie an; und es geht um Klimapolitik, wo BlackRock und Vanguard in ihrer Funktion als Anteilseigner keinen klimafreundlichen Einfluss ausüben, sondern ausschließlich auf die Rendite schielen und sämtliche Einflüsse, die die Gesellschaft betreffen, wesentlich ignorieren.

(...) Wenn die Altersvorsorge nur von den Renditen von Aktiengesellschaften abhängig ist, dann ist das gesamtgesellschaftlich betrachtet sicherlich ein Riesenproblem.

Man muss sich überlegen, womit die großen Konzerne ihre Renditen machen. Letztendlich geht es beispielsweise auch darum, dass Endkunden mehr fürs Produkt bezahlen als sie eigentlich müssen. Oder aber auch darum, dass Interessenskonflikte entstehen: Wenn Unternehmen beispielsweise Mitarbeiter entlassen, steigen die Aktienkurse. Für die Mitarbeiter, die unter Umständen sogar Altersvorsorgeprodukte der Aktionäre dieses Unternehmens haben, ist das allerdings alles andere als positiv. (...)

Die von mir propagierte Alternative wäre eine Stärkung der staatlichen Altersvorsorge und generell eine Rückführung der neoliberalen Privatisierungspolitik. Sie hat die stetig fließenden Summen überhaupt erst freigemacht, die in das System BlackRock hineinfließen

S. [Frühstück mit BlackRock und Co., Nachdenkseiten](#)

„Wir sind entschlossen!“

Seit dem 5. Dezember 2019: STREIK- und AKTIONSTAGE

Vielfältige Proteste in Frankreich gegen Sozialabbau - seit Jahren

Die Wucht der vielen Aktionen gegen die Rentenreform ist nur zu begreifen, wenn man den sozialen und politischen Kontext berücksichtigt: Seit Jahren finden Kämpfe gegen „Reformen“ statt, nicht erst seit Macrons Regierung, die mit Niederlagen geendet haben. Macrons Ziel ist die Verschärfung solcher „Reformen“, die Verallgemeinerung von prekären Arbeitsverhältnissen und die Zerstörung der öffentlichen Dienste zu Gunsten einer allgemeinen Privatisierung – die den CAC40-Unternehmen und den Reichsten im Lande profitieren sollen. Solche politische Maßnahmen, zusammen sowohl mit einer empörenden polizeilichen und strafrechtlichen Repression, als auch mit der Arroganz Macrons, mit seinen königlichen Allüren samt hohen Repräsentationskosten, die Wut aber auch viel Spott wecken, – das alles ergibt eine brisante, wenn nicht explosive Mischung. (mdv, 19.1.)

Auszug aus einem Artikel von **Daniel Cirera** [ND 9.1.2020](#)

Seit dem Sommer 2019 fanden öffentlich stark wahrgenommene Streik- und Protestaktionen in **Krankenhäusern** statt, die sich schnell über diese hinaus ausbreiteten und im November protestierten Pflegekräfte und Ärzt*innen gemeinsam, um die öffentliche Finanzierung zu verbessern und Stellenaufbau durchzusetzen. Der Selbstmord einer **Lehrerin** schockierte indes die Öffentlichkeit und enthüllte den Blick auf die unerträglichen Arbeitsbedingungen und die tiefe Unzufriedenheit der Beschäftigten im Bildungssektor. **Student*innen** begannen sich in Universitäten zu organisieren, Feuerwehrleute, Anwalt*innen, Pilot*innen gingen auf die Straße. Und auch die Polizei stellt keine Ausnahme dar. Das ganze Land leidet.

Zugleich fanden beeindruckende Demonstrationen gegen den **Klimawandel** statt. Und es ist gelungen, die Spaltung zwischen ökologischer und sozialer Agenda zu vermeiden. Die Parole »Ende der Welt, Ende des Monats – der gleiche Kampf« drückt dies gut aus.

Auch der Marsch gegen Gewalt gegen **Frauen** am 23. März war der Ausdruck einer weiteren Protestwelle.

Und die »**Gelbwesten**« beschlossen auf einer Generalversammlung in Montpellier am 4. November, sich dem Streikaufruf des 5. Dezember anzuschließen.

50 Prozent aller Franzosen und Französinnen geben stets an, mit den Gelbwesten solidarisch zu sein, auch wenn die Meisten Gewalt ablehnen und verurteilen. Doch die Solidarität geht weiter über die Gelbwestenbewegung hinaus, als noch vor einem Jahr. 87 Prozent geben an, sich mit den Protesten in Krankenhäusern zu solidarisieren, 62 Prozent stimmen mit den Protesten gegen die Rentenreform überein. Dies sind Zahlen aus einer Umfrage von Viavoice für Liberation. Zur Frage der drängendsten

Probleme im Land werden die Lebenshaltungskosten (69%) an erster Stelle genannt, Ungleichheit wird von 51 Prozent genannt, gleichauf mit dem Personal und Finanzmangel der öffentlichen Dienste. **Die Streikbewegung greift also weit und mehrheitlich geteilte Sorgen auf.**

Rudolf Walther, freitag 50/19 :

Kein Zufall, dass augenblicklich immer wieder an den dreiwöchigen Ausstand der Eisenbahner gegen eine Rentenreform im November/Dezember 1995 erinnert wird. Dieser Plan sah nichts Geringeres vor, als den Sozialstaat zu demonstrieren, um den Staatshaushalt zu sanieren und die vom Maastricht-Vertrag gesetzte Drei-Prozent-Verschuldungshürde zu meistern.

Pierre Bourdieu sprach 1995 vor streikenden Eisenbahnern in der Pariser Gare de Lyon und ermunterte sie, „die Demokratie gegen die Technokratie“ zurückzuerobern, die der „Staatsadel“ im Zusammenspiel mit Banken, Wirtschaftsverbänden und willigen „Doxosophen“ (Meinungsmacher, die sich als Experten aufspielen) durchsetzen wollte. Von den prominenten Intellektuellen war Bourdieu seinerzeit fast der einzige, der sich mit den „kleinen Leuten“ solidarisierte und die Mühsal anerkannte, die sie das tägliche Überleben kostete.

Wie einst Bourdieu stehen heute 180 Intellektuelle und Künstler mit einem Aufruf den Streikenden zur Seite. Zu den Unterzeichnern zählen die Schriftstellerin Annie Ernaux und die Regisseurin Ariane Mnouchkine, der Philosoph Etienne Balibar und der Ökonom Thomas Piketty. Wie Bourdieu 1995 wenden sie sich gegen jedwede Denunziation der Streikenden.“

Appell von Künstlern und Intellektuellen (u.a. von Aurélie Trouvé und Maxime Combes, Attac FR, unterschrieben)

Gegen Macron

– **eine Mosaik von sozialen Protesten**
[Interviews](#) auf französisch, 4.12.2019

Ein Armutsgenerator - Die Reform der **Arbeitslosenversicherung** (ab dem 1.11.2019 wirksam) macht die Not schlimmer und vergiftet das soziale Klima, **Freitag 47/19**

Fundamental ungerecht

Die Rentenreform bedroht die Lebensplanung von Millionen. Massenstreik ist ihre Antwort

Freitag 50/2019

Frühere Veröffentlichungen über Frankreich in „Sand im Getriebe“

SiG 133 (Oktober 2019): Strategische Orientierung von Attac Frankreich (s. dazu auch **SiG 122**, Nov. 2016)

SiG 120 (Mai 2016): Gegen das neue **Arbeitsgesetz** (von Hollandes Regierung)

SiG 124 (Juli 2017) und **SiG 125** (Oktober 2017): **Widerstände gegen Macrons Politik**

SiG 128, (Juni 2018): „Klassenkämpfe in Frankreich (Kämpfe gegen die **Bahnreform** – Großprojekt eines Flughafens in **Notre-Dame-des-Landes** u.a.m.)

SiG 129 (Sept.2018): **Umwelt- und soziale Bewegungen**

SiG 130 (Dez.2018): **Gelbwesten** Politische Krise in Frankreich , auch in **SiG131** (April 2019) und **SiG 132** (Juli 2019)

SiG131 : Attac FR: Vorschläge zur Steuergerechtigkeit und zum ökologischen Übergang

SiG 132: Attac Frankreich: Statt Steuergerechtigkeit befürwortet Macron weiteren Sozialabbau

SiG 133 : Klimastreiks

5. Dezember 2019: Erster Streiktag

Nicht nur Gewerkschaften sind aktiv: Umweltschutzorganisationen haben eine aktive Teilnahme an den Aktionen der Gewerkschaften beschlossen
<https://reporterre.net/la-reforme-des-retraites-aggraverait-la-crise-ecologique>

Ebenfalls nehmen Gelbwesten daran teil (u.a. auf der Versammlung der Versammlungen in Montpellier Anfang November), es gibt lokal schon viele gemeinsame Vorbereitungen

... und es geht weiter: Am 6.12.2019 haben CGT, Force ouvrière, Solidaires, FSU und mehrere Jugendorganisationen zur Stärkung der Streiks, da wo die Beschäftigten es beschließen, und zu massiven Streiks am **10. Dezember**, 12. und 17. Dezember aufgerufen.



17. Dezember 2019: Streiks, Blockaden und Demonstrationen in ganz Frankreich

Berichte und Fotos [hier](#), [hier](#) und [hier](#); - [Infos](#) (Paris)

Nach der [Vorstellung der Rentenreformpläne](#) am 11.12. durch die Regierung ruft auch die [CFDT](#) zu Streiks am 17.12. auf.

"Keine Waffenpause" an den Feiertagen

17.12.2019: Aufruf des Gewerkschaftsbündnisses zu [weiteren Streiks](#) für Donnerstag 19.12. und bis zum Ende des Jahres.

Paris, Donnerstag, 19. Dezember 2019

Das [Gewerkschaftsbündnis](#) (CGT, FO, CFE-CGC, FSU, Solidaires, UNEF, MNL, FIDL, UNL) hat eine Bilanz der enormen Mobilisierung gezogen, die am Dienstag, dem 17. Dezember 2019, erneut Beschäftigte des privaten und öffentlichen Sektors, Jugendliche, Erwerbslose, zahlreiche leitende Angestellte und Rentner/-innen zusammenführte.

Jede und jeder verstand, dass das aktuelle Regierungsprojekt allen Berufs- und Altersgruppen Nachteile bringen würde.

Dieser sozialen Bewegung, die von der Bevölkerung unterstützt und von der Mehrheit der Gewerkschaften des Landes getragen wird, hört die Regierung nicht zu und

verkündet, dass sie an der Einführung eines punktbasierten Rentensystems festhalten will. Heute behauptet sie, eine neue Diskussionsrunde einleiten zu wollen, die im Rahmen des beschlossenen begrenzten Haushalts jedoch zu nichts führen kann, während die einzige Lösung in der unverzüglichen Rücknahme dieses regressiven Projekts besteht.

Daher rufen die Organisationen über die bereits für den 19. Dezember 2019 und ohne Unterbrechung bis Ende 2019 vorgesehenen Aktivitäten hinaus zu einem neuen, kraftvollen Streik und zu berufs- und generationenübergreifenden Demonstrationen am Donnerstag dem **9. Januar 2020**, auf.

Weitere Streiks- und Aktionstage gegen die Rentenreform haben Ende Dezember stattgefunden, im ÖPNV und bei der Bahn wurde durchgängig gestreikt.



<https://france.attac.org/se-mobiliser/reforme-des-retraites/article/le-tube-a-cause-de-macron-en-kit>

Marseille, 23. Dezember 2019: Festessen zur Unterstützung der streikenden Bahnarbeiter



Zu Weihnachten wurden "Festessen" u.a. vor Bahnhöfen vorbereitet – Fotos von [Marseille](#), [Agen](#), [Tours](#), von der Pariser Region ([Saint-Ouen](#), [Poissy](#), [Mantes-la-Jolie](#))

24. Dezember 2019: „Opéra en grève“



Streikende Tänzerinnen und Tänzer von der **Pariser Oper** führen einen Ausschnitt aus dem "Schwanensee" vor dem Opéra Garnier auf, begleitet vom ebenfalls streikenden Orchester - [Video](#)
Vor der Oper an der Bastille fand ein Solidaritätskonzert der streikenden Musiker am 31.12.2019 statt.

Januar 2020

Die Proteste gehen weiter! Stellungnahme der Gewerkschaft [Force Ouvrière](#) am 3.1.2020
Aufruf von [Solidaires](#) (7.1.20) zur Ausdehnung der Streiks
[Aufruf von attac FR](#)

9. Januar 2020: Streiks und 216 Demonstrationen (ca. 1,7 Mio. Menschen)

Eine Streikende: "C'est dur mais on est debout" (*das ist hart, aber wir stehen aufrecht*)
[Live-Berichte über die Streiks und Demonstrationen](#) von [Là-bas si j'y suis](#); [Mediapart](#); Zeitung [L'Humanité](#); [jean-marc-Blog](#)
Video der [CGT](#): Eindrücke, Interviews, kämpferisches Ballett von Frauen ; [Interview](#) (Video von 2,5 Min.) von Aurelie Trouvé (Sprecherin von Attac FR)
[Stellungnahmen](#) der Gewerkschaften CGT und Solidaires-

3.1.2020: Trotz der Transportschwierigkeiten und der penetranten Hetze in Medien befürworten 61% von Menschen in Frankreich die Bewegung gegen die Rentenreform, 75% lehnen die geplante Reform ab (ganz -29% - bezogen auf das Rentenalter: 49%), (Odoxa-Umfrage, in Le Figaro vom 3.1. veröffentlicht). Diese Umfrage-Ergebnisse weisen aber auch auf die Taktik der Regierung hin: (vorläufige!) Kompromisse beim Rentenalter, aber Festhalten an einem punktbasierten Rentensystem, das zur Folge eine Senkung des Rentenniveaus hätte. Dies wiederum macht eine private Rentenversicherung attraktiver - darüber freuen sich [BlackRock und Co.](#) (s. dazu in diesem Heft S. 8 und 9) .

**10.1.2020 – [Gesetzentwurf der Regierung](#) (140 Seiten) - [CGT: Sophie Binet](#): die Regierung beharrt auf ihre Position!
[Aufruf des Gewerkschaftsbündnisses](#) zu **DREI WEITEREN STREIKTAGEN** (14 - 16. Januar)**

[Labournet](#) Das angebliche Zugeständnis der französischen Regierung verhindert nicht die Armutrente – Der Kampf geht weiter trotz Polizeigewalt, Propagandakampagnen und gewerkschaftlicher Spaltungspol

Empfindliche Bereiche (Häfen, Raffinerien), Stromversorgung) werden bestreikt ... Blockaden werden durchgeführt, Strom gezielt abgeschaltet oder zu einem niedrigeren Preis weiter geleitet, Streik in Le Louvre, 16.1.20 ([Video](#)) ... die Reihe der Protestaktionen (mit zivilem Ungehorsam) ist lang. Ein Beispiel: Vor Regierungsgebäude werden Bücher, Anwaltsroben, [Hausschuhe](#) geworfen (Pantouffles = Hausschuhe – „Pantouflage“ bedeutet auf französisch „Drehtüreffekt“)

Nicht nur gegen die Rentenreform!

In ganz Frankreich finden viele lokale Streiks und Blockaden statt (Krankenhäuser - Schulen - Feuerwehr - ; ebenfalls in der privaten Wirtschaft).
- **Radio France** (Streik seit 35 Tagen wg. Budgetkürzung und Abbau von Arbeitsplätzen): Bei der offiziellen Neujahrsansprache (8. Januar) steht der Chor auf und singt den Gefangenen Chor (aus 'Nabucco' von Verdi; auf Französisch heißt es: Sklavenchor). Applaus und viele Proteste von Beschäftigten, die offizielle Feier wird abgebrochen. [Video](#)

16. Januar: Große Demonstrationen

Berichte, Videos ([La-Bas](#))

18.1.2020: Die Gewerkschaft [Solidaires](#) ruft zur Beteiligung an der Demonstration der Gilets Jaunes auf.
Berichte über die Aktionen am [18.1.2020](#)
<https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/>

Gewerkschaftsbündnis, 15. Januar 2020

42 TAGE SPÄTER:

Eine beispiellose Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung!

24. Januar: massive Streiks und Demonstrationen!

(...) Trotz der Ankündigungen des Premierministers und nach 6 Wochen einer beispiellosen sozialen Bewegung, die wir begrüßen, unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung immer noch die Mobilisierung gegen dieses absurde und ungerechte Projekt (60% Unterstützung, laut dem Harris Interactive Barometer vom 14. Januar). Die Mitteilung der Regierung, die uns noch einmal erklären soll, dass dieses Projekt "fair und einfach" ist, stößt auf eine öffentliche Meinung, die klar sieht, dass es darum geht, uns für niedrigere Renten länger arbeiten zu lassen.

Die Gewerkschaftsorganisationen CFE-CGC, CGT, FO, FSU, Solidaires, UNEF, UNL, MNL, FIDL, die zusammen die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder repräsentieren, fordern gemeinsam die Beibehaltung des bestehenden solidarischen und generationenübergreifenden Rentensystem, das auf einem Umlageverfahren basiert.

Das Gewerkschaftsbündnis unterbreitet **Vorschläge zur Verbesserung der Ansprüche aller im derzeitigen Rentensystem**. Sie basieren auf den Sozialabgaben und dem durch Arbeit geschaffenen Wohlstand.

Die **Löhne** in der Privatwirtschaft und die Entlohnung im öffentlichen Sektor müssen erhöht und die Lohn- und Beschäftigungsgleichheit von Frauen und Männern muss unverzüglich umgesetzt werden.

Es ist notwendig, **stabile Arbeitsplätze** zu entwickeln, der Prekarität vor allem der jungen Menschen ein Ende zu setzen und die Studienjahre zu berücksichtigen. Digitale Plattformen müssen ebenfalls Mitgliedsbeiträge entrichten.

Wir fordern die Beendigung oder Kompensation der Arbeitgeberbefreiungen, die Neuausrichtung der Körperschaftsteuergutschriften auf das Rentensystem und die Verbreiterung der Beitragsbasis, um alle Arbeitnehmer in das Umlagesystem einzubeziehen und eine Öffnung zur Kapitalisierung zu vermeiden. Die Reserven aller Rentenkassen müssen unbedingt erhalten bleiben.

Die **Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht** sowie die Einführung einer Abgabe auf Kapitaleinkommen für die soziale Sicherung müssen eine Priorität sein.

Aus diesem Grund rufen die Gewerkschaftsorganisationen CFE-CGC, CGT, FO, FSU, Solidaires, MNL, UNEF, UNL und FIDL dazu auf, Vollversammlungen durchzuführen, um die Mobilisierung fortzusetzen und zu verstärken, mit dem Ziel, den Rückzug dieses Projekts und die Eröffnung von echten Verhandlungen auf der Grundlage unserer Vorschläge zu erreichen.

Unsere Organisationen rufen die gesamte Arbeitswelt und die Jugendlichen auf, den Streik fortzusetzen und zu verstärken, einschließlich der täglichen Fortführung des Streiks, wo immer die Beschäftigten es entscheiden. Sie rufen zu Streiks und berufsübergreifenden Zusammenschlüssen im ganzen Land am 22. und 23. Januar auf. Sie schlagen vor, am Donnerstagabend, den 23. Januar, in allen Städten Fackelzüge oder andere Initiativen zu organisieren.

Sie rufen dazu auf, am **Freitag, den 24. Januar**, den Tag des Ministerrats, der den Gesetzentwurf prüfen soll, zu einem **massiven Tag von Streiks und berufsübergreifenden Demonstrationen** zu machen.

Quelle: [Solidaires](#)

Gewerkschaft Solidaires: Für unsere Renten: am 24. Januar steht alles still!



En Marche für den Durchmarsch? Der [Gesetzentwurf](#) (140 Seiten) wurde in der Nacht vom 9. zum 10. Januar den Gewerkschaften vorgelegt; Er soll am 24.1. vom Kabinett verabschiedet werden, ab dem 17. Februar soll die Nationalversammlung darüber beraten und noch im Februar darüber abstimmen ("beschleunigtes Verfahren").

„Die Reform könnte so noch vor dem Sommer verabschiedet werden“, sagte Philippe.

Umfangreiche Kritik von attac Frankreich: „Länger arbeiten für geringere Renten.“ - [Text](#), 14.1.2020

Aktuelle Nachrichten (S. auch Seite 9)

auf **Französisch**, aber die Fotos oder Zeichnungen sprechen öfter für sich selbst:

- Seite "Unsichtbare Kämpfe":

<https://www.frontsocialuni.fr/les-luttes-invisibles/>, dort auch viele **Photos**

- <https://la-bas.org/la-bas-magazine/infogreve/>

- **Kalender (mit Infos)** der nationalen und lokalen Aktionen: www.demosphere.eu

- Gewerkschaften [CGT](#) - [Solidaires](#) - [FO](#) - [CFDT](#) – ausgezeichnete **Plakate von der CGT** (Medien und Kommunikation)

Dossiers: <https://retraites.solidaires.org>

<https://reporterre.net/Retraites> - [Mediapart](#) - [l'Humanité](#)

Weitere alternative Medien: [Politis](#) -

<https://www.bastamag.net/>, - <https://rapportsdeforce.fr/> -

<https://www.lemediatv.fr/>

auf Deutsch:

Übersicht über Debatten und gewerkschaftliche **Stellungnahmen** – [Labournet](#)

Weitere Hinweise:

Zugeständnisse und Spaltungsversuche, von Peter Wahl, [Makroskop](#), 13.12.2019,

Rien ne va plus – **Zu den Hintergründen der Streik- und Protestbewegung in Frankreich** (Peter Wahl, [Makroskop](#), 6.12.2019)

Verteidigung der Demokratie gegen den Staatsadel - Rudolph Walther in [Gegenblende](#) 12/2019

Die Rentenreform in Frankreich (Rückblick und über BlackRock), [Nachdenkseiten](#)

Bernard Schmid: *Rente und noch viel mehr - Man glaubt, die Bilder zu kennen - und doch unterscheidet sich die aktuelle Bewegung in Frankreich von früheren.*, [ND 18.1.2020](#)



CGT-Mitglied Fabien Privé-Saint-Lanne in der Donges-Raffinerie:

„Wir sind bereit und entschlossen. Wenn es bis März dauern muss, dann eben bis März!“ **Foto: [Luttes Invisibles](#)**



488 Wissenschaftler*innen und Publizisten Rote Karte für Macron

Wir sahen im Titel des Programmbuchs von Kandidat Macron, 'Revolution', eine PR-Aktion. Wir haben uns geirrt. Einmal gewählt, entwickelt Emmanuel Macron zusammen mit seiner Regierung eine **autoritäre neoliberale Revolution, die seit Margaret Thatcher beispiellos ist**. Mit Gewalt gegen jeden und jede, der/die protestiert.

Noch nie zuvor wurden so viele Demonstranten verhaftet, oft "präventiv", also ohne jegliche Straftat. Noch nie zuvor haben die Ordnungskräfte so mutwillig geknüppelt, vergast, Augen zerstrümmert, verstümmelt - Journalisten sind auch ins Visier genommen.

Der Soziologe Norbert Elias beschrieb den langsamen Prozess der europäischen "Zivilisation" und erinnerte an einige seiner Dimensionen: "Befriedung von Konflikten", öffentliche Regulierungen, Interdependenz zwischen den Menschen u.a.m. .

In dieser Hinsicht zerstört die Regierung von Emmanuel Macron die Zivilisation. Nach dem Arbeitsgesetz zum Nachteil des öffentlichen und privaten Sektors, nach der Reform der APL, nach der Reform der Arbeitslosenversicherung, nach dem Gesetz zur "Umgestaltung des öffentlichen Dienstes" ist die Reform der Renten nach einem Punktesystem jetzt auch Teil dieser umfassenden Bewegung der konservativen Revolution. Sie bringt Unfrieden und führt zu einem beispiellosen Abbau des französischen Sozialsystems.

Emmanuel Macron's "Revolution" zerstört die öffentlichen Regulierungen. Als Büchse der Pandora gibt sie den Interessen der Finanzwelt und der privaten Arbeitgeber freie Hand, auch jenen kurz-sichtigen Profiten, die den Planeten, Frauen und Männer, verachten. Während die öffentlichen Unternehmen privatisiert werden.

Die "Revolution" von Emmanuel Macron dezivilisiert: Statt der Wechselbeziehungen und der Solidarität von gestem **produziert sie überall ein 'jeder für sich allein'**.

Die **Blanquer-Reform des Abiturs** lässt die Schüler*innen 'jeder für sich allein' gegenüber Orientierungen, in denen das Ererbte (oder nicht Ererbte) kulturelle Kapital eine wesentliche Rolle spielt. Das **Gesetz von Pénicaud** stellt die Beschäftigten des privaten Sektors 'jeder für sich allein' gegenüber den ArbeitgeberInnen, die nun leicht entlassen können. **Der Wettbewerb wird noch härter und die Zukunft unsicherer.** Dadurch wird verhindert, dass die Beschäftigten ein gemeinsames Interesse untereinander, ein "Wir", entwickeln.

'Jeder für sich allein', die Nutzer der öffentlichen Dienstleistungen, konfrontiert mit Personal- und Finanzierungsengpässen und dem organisierten Ruin der verschiedenen öffentlichen Dienste (und sogar des Krankenhauses).

'Jeder für sich allein', auch die Studenten aus einfachen Verhältnissen, die bei nicht aufgewerteten Stipendien prekäre Jobs annehmen müssen, um ihr Studium (schlecht) zu finanzieren.

'Jeder für sich allein', die Arbeitslosen, die schnell in das RSA (Sozialhilfe) fallen, wenn sie sich weigern, irgendwo und um jeden Preis zu arbeiten - wenn es überhaupt ein Jobangebot gibt.

'Jeder für sich allein', das ist das Projekt für die Beschäftigten und ihrer Rente.

Auch 'jede für sich allein', die Generationen, verarmt und daher nicht in der Lage, sich gegenseitig zu helfen.

Heute liegt es an uns allen, die aus den Kämpfen der Vergangenheit und dem Nationalrat des Widerstandes (1) resultierende soziale Zivilisation zu wahren. Die Streikenden, die ersten Wälle gegen diese "Revolution", eröffnen einen entscheidenden Moment. Deshalb ist es wichtig, **sie kontinuierlich über die Streikkassen zu unterstützen.**

Aber wir selber müssen aktiv werden.

Jede, jeder muss den Aufruf der Streikenden der ersten Stunde hören, sich ihnen anschließen oder sie ablösen - und

das nicht nur an den Demonstrationstagen.

Jede, jeder muss Nein sagen können zu dem verbreiteten 'Jeder für sich', der zu einer „Rette-sich-wer-kann“-Bewegung zu werden droht, die auch noch vom Rassemblement National (RN) geführt werden könnte.

Wie im Jahr 2005 im Zusammenhang mit dem Europäischen Verfassungsvertrag wollen wir jetzt landesweit eine **Bewegung von Treffen und gegenseitiger Hilfe organisieren, um "Nein zu dem 'Jeder für sich' " zu sagen.** Wie die Studenten in Quebec, die 2012 die Privatisierung ihres Universitätssystems verhindert haben, **rufen wir alle auf, ein rotes Filzquadrat an ein Kleidungsstück oder eine Tasche zu heften und damit eine "rote Karte an dem 'Jeder für sich' " zu zeigen.** Wir hoffen, dass an manchen Samstagen diejenigen, die streiken, mit denen zusammenkommen, die nicht streiken, die aber für sich und für die jüngeren Generationen die Zerstörung unserer sozialen Sicherungssysteme und unserer lang erstrittenen Rechte ablehnen. Wie die Gelbwesten und die Umweltbewegungen rufen wir zu einer dauerhaften Verweigerung auf.

Diese konservative Revolution kann nur gestoppt werden, wenn wir – jede und jeder von uns zu einem „wir“ geworden - uns gemeinsam dafür einsetzen.

Ein erstes "Carton Rouge"-Treffen zwischen Intellektuellen und Streikenden findet am 1. Februar um 13 Uhr in der Salle Hénaff, 29 Boulevard du Temple, Paris 11, statt.

<http://carton-rouge-au-gouvernement.fr/>

(1) Conseil National de la Résistance (CNR), am 27.5.1943 gegründet, s. [wikipedia](https://de.wikipedia.org/wiki/Conseil_national_de_la_r%C3%A9sistance) <http://enmemoiredelaresistance.unblog.fr/le-conseil-national-de-la-resistance/> : Text des Programms des Nationalrats des Widerstands, am 15.3.1944 veröffentlicht, ebenfalls hier http://www.citoyens-resistants.fr/IMG/pdf/le_programme_du_cnr.pdf

Video zum Aufruf auf Umsetzung des Programms des CNR, vor 15 Jahren gedreht aber höchst aktuell:

<https://www.dailymotion.com/video/xe3rq> , - (eingeleitet von Stephan Hessel)

Internationale Solidarität

Unterstützung der Streikkassen durch belgische Gewerkschaften

"In einigen Sektoren gibt es Arbeiter, die seit dem 5. Dezember streiken und einen Monatslohn verlieren. Die französischen Gewerkschaften sind nicht in der Lage, streikbedingte Verluste so gut wie in Belgien zu kompensieren. Und wir wissen, dass die französischen Gewerkschaften durchhalten müssen.

Wir stehen also in der besten internationalistischen Tradition der Gewerkschaftsbewegung. Der Kampf der französischen Arbeiter ist eine europäische Angelegenheit. Ein Sieg in Frankreich wäre von größter Bedeutung für alle Arbeiter in Europa." (Felipe Van Keirsbilck, CNE)

Raoul Hedebouw, député PTB, envoie message de solidarité aux grévistes en France, [jean-marc-blog](#)

Teilnahme einer [Delegation](#) des belgischen Gewerkschaftsverbands FGTB an der Demonstration in Lille am 11. Januar 2019

AlterSummit: In France the strike goes on. [Support it!](#)

[Solidaritätsadressen](#) von Gewerkschaften weltweit (von der CGT zusammengestellt)

[Labournet](#) dokumentiert Solidaritätserklärungen
Spendenaufwurf von [Verdi HH \(FB8\)](#);
[Solidaritätserklärung von Ver.di](#)

Solidaritätserklärung von Mitgliedern von Attac Deutschland anlässlich der Aktions- und Streiktage gegen die Rentenreform 2020 in Frankreich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Liebe Freundinnen und Freunde,
wir erklären uns solidarisch mit den branchenübergreifenden Protesten und Streiks der Beschäftigten, der Studierenden sowie Schülerinnen und Schüler, die seit dem 5. Dezember in ganz Frankreich gegen die neoliberale Rentenreform durchgeführt werden. Besonders hart betroffen sind prekär Beschäftigte, Frauen und die junge Generation.

Macron hat sich die neoliberale Rentenreform in Deutschland in der Ära Schröder zum Vorbild genommen. Die deutsche Erfahrung zeigt, dass trotz Verlängerung der Lebensarbeitszeit das Rentenniveau deutlich abgesenkt wird. In der Folge wird Altersarmut drastisch zunehmen.

Euer Kampf ist über Frankreich hinaus von Bedeutung. Er stärkt auch in Deutschland die Position der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften.

Für die kommenden Aktionstage wünschen wir Euch, dass es gelingt, die Regierung zum Rückzug zu zwingen.

[PG Europa](#) von Attac Deutschland, 8. Januar 2020

Ebenfalls: Ko-Kreis von Attac Deutschland, mehrere Attac-Regionalgruppen (Freiburg, Halle, Hamburg, Magdeburg, Osnabrück, ...) - Die Solidaritätserklärung ging an attacfr@attac.org, und an die Intersyndicale über contact@solidaires.org, <https://www.cgt.fr/contacter-la-cgt>

GELDSPENDEN für die Streikkassen sind willkommen, denn die Gewerkschaften haben angesichts der Menge und Breite der Streiks nicht genügend Reserven. Z.B.: <https://www.caisse-solidarite.fr/>

Die Kasse wird von Vertreter*innen mehrerer Gewerkschaften verwaltet; bis zum 16.1. sind 2,5 Mio € zusammengekommen, die an die Streikende weitergegeben wurden, egal ob sie einer Gewerkschaft angehören oder nicht.

Die entsprechende **Bankverbindung**: Überweisung an **INFO'COM-CGT/CSTP - CREDITCOOP PARIS ALESIA**
- IBAN : FR76 4255 9100 0008 0035 3860 774 - BIC : CCOPFRPPXXX

Weitere Streikkassen: <http://syndicollectif.fr/caisses-de-greve-suites/>, <https://solidaires.org/Caisses-de-greves>

Baskenland

30. Januar: Aufruf zum Generalstreik

Für die Renten, für gute Arbeit und für soziale Rechte

(...) Die **Sozialrechts-Charta von Euskal Herria** (Baskenland), die eine Reihe von Gewerkschaften und sozialen Akteuren in sich versammelt, darunter die ELA (ein Mitglied von Alter-Summit), hat für den 30. Januar 2020 zum Generalstreik aufgerufen, um damit das Ende eines intensiven Mobilisierungsplanes zu markieren.

Nach zwei Jahren wöchentlicher Kundgebungen, in denen sie ihre kritische Situation anprangerten, schlugen die baskischen Rentner vor, die Mobilisierungen zur Verteidigung einer würdigen Rente zu erhöhen. Die Sozialrechts-Charta von Euskal Herria hat diese Herausforderung angenommen und eine Reihe von Mobilisierungen angekündigt, darunter der oben genannte Generalstreik.

Neben dem Kampf um würdige Renten, wird sich der Generalstreik auf zwei weitere Problemfelder konzentrieren: die Notwendigkeit guter Arbeitsplätze und die Verteidigung der sozialen Rechte. Alle drei Themen werden in den kommenden Monaten die Kernforderungen der entsprechenden sozialen Akteure der Sozialrechts-Charta darstellen.

[Altersummit](#), Übersetzung: SiG-Redaktion, SG

Belgien

Demonstrationen für die soziale Sicherung in Brüssel, 28. Januar 2020



– Aufruf vom Gewerkschaftsverband [FGTB](#)

– Aufruf von der „[Alten-Bande](#)“

Deutschland: Zusammenschluss von RentnerInnen (vorwiegend Gewerkschaftsmitglieder)
<http://www.seniorenaufstand.de/>

Marie-Dominique Vernhes Perspektiven in Frankreich?

Heute, am 19. Januar muss man feststellen, dass diese Bewegung, der das baldige Ende schon mehrfach prophezeit wurde, sehr lebendig und entschlossen ist.

Die Messlatte dafür können nicht die Streiks in Paris (métro) und in der SNCF, auch nicht die Anzahl der Menschen in Demonstrationen sein.

Streiks: Die Arbeitsreformen und zuletzt die "Reform" der Arbeitslosenversicherung (Deutschland als Modell...) lassen manche Menschen, insbesondere diejenigen, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, dreimal überlegen, ob sie streiken. Auch deswegen werden andere Aktionsformen überlegt und praktiziert. Manche Fahrer*innen der RATP in Paris waren darauf vorbereitet, dass ein Streik Einkommenseinbußen mit sich bringen würde – jetzt haben sie aber *einen vollen Monatslohn* verloren. Dass sie es nicht schaffen, weiterzustreiken, wenn die finanzielle Unterstützung – im Vergleich – gering bleibt, ist wohl zu bedauern aber verständlich („Die Entschlossenheit ist weiterhin vorhanden, die einzige Frage: wie kann man es finanziell durchhalten“, *reporterre*).

Demonstrationen: Es gab in den letzten sechs Wochen sehr große Demonstrationen, aber wer kann schon jedesmal daran teilnehmen? Auch sind sie kein Spaziergang, sondern werden öfter, zumindest in Paris und in größeren Städten mit Tränengas, Knüppel usw. „begrüßt“, auch kommt es vor, dass Menschen, die auf dem Boden liegen, geschlagen werden, u. a. m. Das, was vor Jahren schon in den „Banlieues“ praktiziert wurde, dann auch bei den Demonstrationen gegen das Arbeitsgesetz und seit gut einem Jahr gegenüber den Gelbwesten, wird „Normalität“. Und *trotzdem demonstrieren viele Menschen*.

Wie lebendig und vielfältig die Bewegung gegen die Rentenreform weiterhin ist, dokumentieren tägliche Reportagen (s. S. 13)

WissenschaftlerInnen zeigen die „**Rote Karte**“ (S. 14), über 1000 Krankenhausärzte wollen keine Verwaltungsarbeit mehr machen. Anwälte streiken, nicht nur weil sie dann doppelt so hohe Beiträge zu zahlen hätten, sondern weil sie dann nicht mehr mit einer Mindestrente von 1400 Euro rechnen könnten: diese Absicherung macht es engagierten Anwälten leichter, Menschen zu begleiten, die ihnen kein großes Honorar zahlen

können (Interview in [Rapportdeforce](#)). Tänzer und Musiker streiken ... und geben gratis Veranstaltungen, ... Fazit: zumindest ein Teil der Mittelklasse wendet sich ab, Macron steht immer mehr allein da (1), seine parlamentarische Mehrheit hat jetzt Risse bekommen.

Jetzt haben mehrere Gruppierungen der französischen Gesellschaft viel stärker zu einander gefunden:

- Der Zusammenschluss Öko-Bewegung - Bewegungen um soziale Fragen - Gewerkschaften - Gilets Jaunes ist jetzt an vielen Orten vollzogen: Das ist ein immenser Fortschritt.

- Schon seit langem gibt es ein Netzwerk « **Réseau Retraites** » = «**Netzwerk Renten**», in dem Gewerkschaften, WirtschaftswissenschaftlerInnen, RentnerInnen und Attac zusammenarbeiten (CGT, FSU, Solidaires, Unef, Attac, fondation Copernic, Economistes atterrés, Collectif citoyen «nos retraites»):

<https://reformedesretraites.fr/>

Sie schaffen es, rasch auf die neuesten „Argumente“ oder „Vorhaben“ der Macron-Regierung und auf Veröffentlichungen von Medien zu reagieren. Aurélie Trouvé meint, die Schlacht um die öffentliche Meinung haben sie bisher gewonnen.

Alle diese öffentlichen Debatten, Analysen, Gegeninformationen schaffen eine politische und aktionspraktische Bildung im Schnelldurchgang.

Die Debatten um die passende Strategie werden dringender:

Wie führt man erfolgreich einen Streik, also zuerst: wie kann man eine Belegschaft dazu gewinnen? Aber auch: welche weiteren Mittel außer dem Streik kann man einsetzen? (Blockaden? Dienstreifen nach Vorschrift? Oder: niedrige Stromtarife für die Armen, freier Zugang zu den Parkplätzen der Krankenhäuser, ... – wird gemacht -, aber auch Stromabschaltungen? Der Bus fährt wohl, aber jetzt **kostenlos**?...), s. dazu:

<http://syndicollectif.fr/category/debats/>

Was kann man in der Öffentlichkeit tun außer traditionelle Demonstrationen?

Soll man sich direkter mit den Mitgliedern der Regierung, den Abgeordneten auseinandersetzen, also ihnen zeigen, dass sie nirgendwo erwünscht sind? Soll man sich auf die Nutznießer der Reform (nicht nur BlackRock) viel stärker konzentrieren?

Zumindest ist geplant, in [Versailles](#), wo Macron sich am 20. Januar mit den Chefs der größten internationalen Unternehmen trifft, eine Demonstration durchzuführen.

Dringender denn je ist die Überwindung der Zersplitterung links, damit das Duell Macron-Le Pen an Bedeutung verliert, das Macron als das kleinere Übel erscheinen lässt.

Und so gibt es viele Treffen von linken Parteienvertretern und anderen. Ein Ausdruck der Anstrengungen, eine linke Alternative zu bilden ist die gemeinsame Petition gegen die Rentenreform <https://lapetitionretraite.fr/> Wahrscheinlich wird aber ein Anstoß von Menschen kommen müssen, die nicht schon seit Jahren in der Routine einer politischen Gruppierung stecken.

In diesem Sinne könnten andere Konstellationen bei den Kommunalwahlen im März einen Wandel bringen: in mehreren Städten sind *gemeinsame* Listen von Gilets Jaunes, weiteren engagierten und Mitgliedern von linken Parteien gebildet worden. Am 18. und 19. Januar fand außerdem in Commercy ein Treffen statt, eben zum Austausch über das Vorgehen auf kommunaler Ebene.

Zurück zur nationalen Ebene: Die Perspektive, eine Reihe von Kommunalwahlen zu verlieren, wird nicht ausreichen, um die Regierung zum Nachgeben zu bringen. Dafür müsste die politische Krise noch schärfer werden. Und die Gefahr, vollends in einen repressiven Autoritarismus abzugleiten, ist meines Erachtens da.

Aber eins zumindest ist klar: In anderen Ländern Europas können wir unser Gewicht in die Waagschale werfen: Wohl mit Spenden für die Streikkassen und Solidaritätsbekundungen – die Wirkung ist viel größer als man vermutet! – , aber auch und vor allem, indem wir auch uns für die Rücknahme der vielen Sozialabbaumaßnahmen einsetzen.

(1) Nach einer Umfrage von *Huffington Post* (6.-7. Januar), [YouGov](#), haben nur 25% der Befragten eine positive Meinung von Macron, hingegen 68% eine schlechte (davon 43% eine sehr schlechte)

19.1.2020

Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac Frankreich

Die fünf Herausforderungen des sozialen und ökologischen Kampfes

Vor zwanzig Jahren wurde die altermondialistische Bewegung gegründet. Angesichts einer erneuten neoliberalen Offensive muss sie über ihre Handlungsformen nachdenken, wenn sie die Zukunft der Welt beeinflussen will.

In Frankreich wurde Ende der 90er Jahre nach den Streiks von 1995 eine neue Periode eingeleitet, die die Aussicht auf einen sozialen Wandel wieder eröffnete. Auf internationaler Ebene und genau vor zwanzig Jahren blockierten viele Menschen den Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle (29. und 30. November 1999) und die altermondialistische Bewegung wuchs mit der Entwicklung europäischer und weltweiter Sozialforen. Damals stand sie für neue Widerstandsformen, gegen die Kommerzialisierung der Welt und in der Hoffnung auf eine andere Welt. Sie war die Antwort auf die neoliberale Offensive der vorangegangenen zwanzig Jahre und auf die Vorstellung, dass es keine Alternative mehr gebe. Aber es war schwierig, gemeinsame Mobilisierungsstrategien gegen die bestehende Herrschaft aufzubauen. Aus vielen Gründen hat sich diese Bewegung abgeschwächt, auch wenn sie in der Lage war, andere Formen des Kampfes voranzutreiben, und auch wenn einige ihrer Organisationen, wie Attac, sich erhalten und erneuern konnten.

In Frankreich haben soziale Kämpfe in den letzten fünfzehn Jahren einige, zumindest vorübergehende, Siege erzielt: gegen den Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005, gegen den „ersten Arbeitsvertrag“ (CPE) im Jahr 2006 (1) und in jüngster Zeit gegen Fracking oder den geplanten Flughafen in Notre-Dame-des-Landes. Aber es gab auch eine Reihe von Niederlagen, trotz sehr massiver Straßendemonstrationen gegen Renten- und Arbeitsrechtsreformen. Sie waren

schwach gegenüber besonders offensiven Projekten, wie den aktuellen Angriffen auf die Rechte der Arbeitslosen oder den Status des öffentlichen Dienstes. Dies führt zu dem Gefühl, dass die traditionellen Formen der Mobilisierung von Gewerkschaften und Verbänden – Straßendemonstrationen, Kundgebungen oder Flyerverteilen – an Wirksamkeit verloren haben. Hinzu kommt das Gefühl des Fehlens oder der faktischen Abwesenheit einer politischen Perspektive an der Wahlfront zwischen einerseits einer Sozialistischen Partei, die die Idee einer Linken kompromittiert und neoliberale Politik betrieben hat, und andererseits gespaltenen fortschrittlichen Parteien, Gegnern des Neoliberalismus, die es auf jeden Fall nicht schaffen, sich für eine Mehrheit der Bevölkerung als Perspektive für Veränderungen zu etablieren.

Dennoch waren die letzten Jahre durch das Entstehen großer sozialer Bewegungen mit tief greifenden neuen Formen des Kampfes gekennzeichnet. Auf europäischer Ebene die spanischen Indignados oder die Besetzungen der öffentlichen Plätze in Griechenland, in Frankreich Nuit Debout und dann vor allem die Gelbwesten und die Kämpfe um Klimaschutz. Sie führten zu neuen und kollektiven Mobilisierungen außerhalb des traditionellen Rahmens von Verbänden und Gewerkschaften, deren Organisationsweisen hiermit in Frage gestellt wurden.

Diese Bewegungen haben eine Emanzipationsperspektive, die nicht eine bestimmte Maßnahme, sondern ein ganzes System in Frage stellt: „Lasst uns das System ändern, nicht das Klima“, „soziale und steuerliche Gerechtigkeit“ ... Sie wenden sich gegen klare Gegner, multinationale Unternehmen, die Regierung von Emmanuel Macron ... Aber sie bleiben zersplittert. Gemeinsame Treffpunkte (wie in einigen Städten, an Samstagen, wenn sich Klima-

schützer und Gelbwesten versammeln) sind nach wie vor rar.

Sind diese Kampfformen dazu geeignet, eine gemeinsame Front zu bilden, angesichts eines kapitalistischen Systems, in dem die Dominierten, die Unterdrückten sehr unterschiedliche Daseinsformen erleben?

Was kann einen Angestellten, der gegen einen Sozialplan oder eine Rentenreform mobilisiert, einen Arbeitslosen, der gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung kämpft, einen Studenten, der gegen eine dem Klimawandel gegenüber ungeeignete Politik eintritt, einen Bewohner eines Arbeiterviertels, der gegen polizeiliche Repression protestiert, zusammenbringen?

Sicherlich gibt es gemeinsame Interessen angesichts eines kapitalistischen Systems, das Arbeit und Leben zunehmend ausbeutet, um den Profithunger der Reichsten zu stillen, mit einem immer größer werdenden Autoritarismus. Wie können von diesen einzelnen Menschen bewegende und gemeinsame Erfahrungen gemacht werden, die ein gemeinsames Bewusstsein erzeugen, so dass sie gemeinsam einen ausreichenden Einfluss auf das Kräfteverhältnis erreichen? Ich gebe nicht vor, eine Antwort darauf zu haben. Daraus schließe ich nur, dass es grundlegend notwendig ist, kritische und fortschrittliche intellektuelle Bereiche wieder aufzubauen.

Fünf Bereiche scheinen mir wesentlich zu sein.

Erstens die Verbindung zwischen sozialen und ökologischen Belangen, die in diesem Jahr durch den Slogan „Ende der Welt, Ende des Monats, gleicher Kampf“ zum Ausdruck kam. In sozialen Kämpfen gibt es oft noch die Vorstellung, dass ökologische Belange zweitrangig sind oder dass sie nur Sa-

che der reichen Länder und Menschen sind. Der Kapitalismus wird nur ansatzweise als eine Ausbeutung von sowohl Leben als auch Arbeit angesehen und wird stattdessen nur aus der Perspektive der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit betrachtet. Manchmal wird der produktivistische Glaube beibehalten: Technologie und Wissenschaft würden die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen kompensieren und es sei nicht notwendig, unsere Energie- und Materialproduktion und unseren Verbrauch zu reduzieren. Diese Reduzierung ist jedoch notwendig. Alle Produktions- und Konsumformen und damit die sozialen Beziehungen werden erschüttert. Aber was für ein Konzept können wir entwickeln bei gleichzeitiger Reichtumsumverteilung und wenn heute viele Menschen nicht ausreichend konsumieren können, um in Würde zu leben? Dies ist eine grundlegende Frage, der sich soziale Bewegungen und vor allem Gewerkschaften zusammen mit den Umweltbewegungen stellen könnten. Aber es erfordert auch, dass auf der Seite der Umweltbewegungen die Notwendigkeit einer Reichtumsumverteilung und der Teilhabe aller an den grundlegenden Menschenrechten vollständig einbezogen wird. Dies könnte die Grundlage für ein alternatives Projekt sein, einen ökologischen und sozialen New Deal, der auf der Rücknahme von Investitionen in die für den Planeten schädlichsten Aktivitäten, aber auch auf Investitionen und der Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen basiert, die für Aktivitäten zugunsten einer ökologischen Wende notwendig sind. Ein solches Projekt kann nur auf der Einschränkung der Marktwirtschaft und der Entwicklung einer sozialisierten Wirtschaft beruhen.

Der zweite Bereich ist die **Verzahnung zwischen lokalen und supralokalen Kämpfen**. Eine sehr große Zahl von Initiativen, zum Beispiel für lokale Währungen und für Projekte von Kommunen zur Abschaffung der Langzeitarbeitslosigkeit, die von Bündnissen oder Gebietskörperschaften getragen werden, entwickeln konkrete Alternati-

ven zum derzeitigen System. Sie führen die Bürger dazu, sich auf der Grundlage realer Erfahrungen zu mobilisieren und ihre Vorstellungen zu verändern. Aber wie können sie als Hebel für die politische Transformation genutzt werden? Wie können wir sicherstellen, dass beispielsweise die Solidarische Landwirtschaft (AMAP) nicht nur eine Änderung der Essgewohnheiten bedeutet, sondern auch ein Vehikel ist, Forderungen auf supralokaler Ebene zu erheben, die dazu beitragen, den dominanten Entwicklungsmodus zu erschüttern? Diese lokalen Alternativen müssen jedoch erst einmal als potenzielle Hebel in sozialen und ökologischen Kämpfen für die globale Transformation voll erkannt werden.

Der dritte Bereich betrifft die **Verbindungen zwischen sozialen Bewegungen und linken politischen Parteien**. Letztere haben einmal dazu tendiert, die Ersteren zu verachten und/oder zu instrumentalisieren: Die Politik sei das Vorrecht der Parteien. Diese dominierende Position macht sie unfähig, aus der Reichhaltigkeit von Bewegungen zu schöpfen. In einer Zeit, in der die linken Parteien in schlechter Verfassung sind, haben im Gegenteil die Bewegungen anscheinend eine entscheidende Rolle bei der Konstruktion emanzipatorischer Projekte und politischer Vorschläge zu spielen, während sie ihre Autonomie in Bezug auf Wahlen wahren.

Der vierte Bereich umfasst die **Aktionsformen**, die in letzter Zeit verstärkt diskutiert wurden. Angesichts eines zunehmend gewalttätigen Kapitalismus, angesichts seiner Medienmauer entwickeln sich auf der einen Seite die Konfrontationen mit der Polizei oder die Zerstörung von Symbolen des Kapitalismus und auf der anderen Seite der zivile Ungehorsam, als „gewaltlos“ und „friedlich“ verstanden. Aber beim Gegengipfel zum G7-Treffen Ende August 2019 oder auf den letzten Klimamärschen nahmen die Spannungen zwischen den Anhängern dieser verschiedenen Aktionsformen zu. Es stellt sich die Frage nach ihrer Komplen-

tarität: Wie können die Aktionsformen der anderen respektiert werden, wie kann man eine gegenseitige Schwächung vermeiden, um mehr Gewicht zu haben gegenüber den gleichen Gegnern und bei der Entwicklung von gemeinsamen Perspektiven der Emanzipation? Und wie können wir sicherstellen, dass diese Perspektiven von ihnen voll getragen werden?

Der fünfte Bereich schließlich betrifft die **Internationalisierung der Kämpfe**, die in Frankreich deutlich rückläufig ist. In den letzten Jahren war es schwierig, die Solidarität zwischen den Völkern als einen Bestandteil der sozialen und ökologischen Mobilisierung zu etablieren. Dies zeigt sich an der Schwäche der Bewegungen für Solidarität mit Migranten. Gleichwohl ist das eine Dimension, die angesichts einer sich entwickelnden rechtsextremen Bewegung nicht ignoriert werden darf. Um dem entgegenzuwirken, müssen wir uns auch sehr deutlich zu unserer Forderung nach Solidarität zwischen den Völkern äußern, vor allem zu den Rechten der Migranten, aufgenommen und in Würde ansässig zu werden. Ebenso hat sich trotz der Beibehaltung einiger internationaler Zusammenkünfte die Verbindung zwischen den Kämpfen der verschiedenen Länder abgeschwächt. Allerdings wurde mit der Entwicklung sehr starker sozialer Kämpfe gegen Ungleichheit und für Demokratie in Hongkong, Ägypten, der Türkei, Chile, Algerien, dem Libanon ... eine breite Verbindungsstraße angelegt.

 (1) Der „erste Arbeitsvertrag“ wurde verfochten von Premierminister Dominique de Villepin während der Präsidentschaft Jacques Chiracs.

Original: [politix](#) - Übersetzung: Redaktion des Newsletters „Sand im Getriebe“

S. auch in [SiG 133](#)
Attac Frankreich: Strategische Ausrichtung 2019 – 2022

„Der blaue Planet braucht die gelbe Farbe, um grün zu bleiben“

(Aus dem Aufruf zum Zusammenschluss für die Umwelt, auf der zweiten Versammlung der Versammlungen der Gelbwesten in Saint-Nazaire als Vorschlag für alle lokalen Gelbwesten-Gruppen verabschiedet)

Gaspard d'Allens, Reporterre Unter dem Einfluss der Gelbwesten vollzieht die Umweltbewegung eine soziale Mauser

16. November 2019

Während die Gelbwesten ihren ersten Jahrestag feiern, untersuchte Reporterre die Auswirkungen dieser sozialen Bewegung auf die Umweltbewegungen. „*Ein Schlag ins Gesicht*“, sagen einige Aktivisten. Auf jeden Fall ein tief greifendes Hinterfragen und eine Brückenbildung.

Zuerst war nichts entschieden. Die Klimabewegung und die Gelbwesten entstanden fast zur gleichen Zeit, im Abstand von zwei Monaten, aber sie schienen auf den ersten Blick unvereinbar. Die einen unterstrichen den Klimanotstand, die anderen wollten die Rücknahme der CO₂-Steuer. Beide beschäftigten sich ursprünglich mit dem ökologischen Thema, blickten aber in entgegengesetzte Richtungen. Sorge um das Ende des Monats gegen Sorge um das Ende der Welt.

Es hätte angesichts dieser anscheinend unpassierbaren Barriere dabei bleiben können. Aber im vergangenen Jahr fand eine erstaunliche Entwicklung statt: Mauern fielen, Verbindungen wurden aufgebaut. Beide Bewegungen haben gelernt, sich zu begegnen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, um eine kohärente Kritik am gegenwärtigen System zu entwickeln.

Alle Klimaaktivisten erkennen es an. Das Auftreten der Gelbwesten war zunächst beängstigend. Die Anfänge waren schwierig, geprägt von der Angst vor der Entstehung einer breiten anti-ökologischen Bewegung. Ein Steueraufstand wie bei den „Bonnetts Rouges“. Wie kann man auf dieses politische UFO, diesen spontanen und unvorhersehbaren Ausbruch von sozialer Wut reagieren?

„Wir hatten damals wenig Informationen“, sagt **Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac**. „Wir können nicht sagen, dass es direkt die wahre Liebe war. Es gab Vorbehalte, Vorurteile auf

beiden Seiten. Die Beziehung hat sich allmählich entwickelt. Wir kamen nicht aus den gleichen gesellschaftlichen Milieus.“

Patrick Farbiaz, ein langjähriger Ökoaktivist, ist noch direkter: „Ursprünglich war ich sehr skeptisch. Aus der Sicht von Metropolen behaupteten diese Menschen ‚aus dem Nichts‘, Teil der Autozivilisation zu sein. Le Pen unterstützte sie. Sie waren wahrscheinlich rassistisch und homophob ...“

Der Pariser Aktivist verstand schnell, dass er auf dem falschen Weg war. „Ich ähnelte der Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts, die die Kommunarden als Völk untätiger Alkoholiker stigmatisiert hat.“ Seitdem zieht er seine fluoreszierende Jacke an und nimmt sowohl samstags an den Demonstrationen als auch an Aktionsversammlungen teil.

Alternatiba pflichtet dem bei. Für Jon Palais, einen der Gründer, „wurde in diesem Jahr eine kulturelle Schlacht gewonnen: die Idee, dass Klima und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen“. Dieser Sieg ist nicht nur auf die Gelbwesten zurückzuführen, meint er, sondern auch auf die gegenseitige Bereicherung beider Bewegungen. „Diese Botschaft wird seit dem Kopenhagener Gipfel im Jahr 2009 vermittelt. Es war unser Kompass, aber es war schwer zu vermitteln. Nun ist die Vorstellung einer sozialen Ökologie verankert.“

„Wir können nicht mehr abstrakt über das Klima oder das Aussterben der biologischen Vielfalt sprechen“, sagt **Aurélie Trouvé von Attac**. „Wie ernähren wir uns? Wie heizen wir? Wie bewegen wir uns? Wie wohnen wir? Das sind nun Schlüsselfragen. Die Klimabewegung musste sich der Realität stellen, sich neu definieren.“ Mit Forderungen, die der Bevölkerung näher sind. Weg von Beschwörungsparen wie „Ob ein, ob zwei, ob drei Grad, es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit!“.

An den Verkehrskreisel knüpfen die Gelbwesten auch wieder an das an, was Ivan Illich, ein Pionier der politischen Ökologie, als „*Konvivialität*“ bezeichnete. Inmitten von Randgebieten, die als leblos und lediglich dem Verkehr und den Gütern gewidmet galten, sind Geschwisterlichkeit und gegenseitige Hilfe wieder aufgetaucht. Die Vervielfachung der aus Paletten gebauten Hütten, das Sammelsurium von Gegenständen hat sogar den Sarkasmus des „Journal du dimanche“ hervorgerufen: „*Frankreich ist zu einer gigantischen ZAD (1) geworden*“, schrieb die Wochenzeitung im Dezember 2018.

„Mit Besetzungen, Versammlungen unter freiem Himmel und Blockaden haben die Gelbwesten eine Relokalisierung der Politik bewirkt“, sagt der Politiker Laurent Jeanpierre. „Diese Dezentralisierung könnte andere soziale Bewegungen verunsichert haben.“ Letztere konzentrieren sich mehr auf Paris, sind strukturierter und hierarchischer, wie die Ökoszene, es sind Organisationen auf Landesebene, mit Angestellten und finanziellen Ressourcen.

Allmählich kam die Klimabewegung ins Nachdenken. Die Gelbwesten haben ihre Methoden und Strategien direkt in Frage gestellt. Am 24. April 2019, im Théâtre de L'Échangeur in Bagnolet, stellte der Umweltschützer und Youtuber Vincent Verzat bei einem Treffen das „Scheitern“ vergangener Klimamobilisierungen fest. „Wir haben einen Fehler gemacht“, sagte er. „Wir können Massen mobilisieren, und doch bleiben wir machtlos. Einige dachten, eine Million Unterschriften für die Petition ‚L'affaire du siècle‘ zu sammeln würde alles verändern. Wir haben zwei Millionen erhalten ... und es hat nur einen kleinen Glückwunsch per Tweet vom Umweltminister nach sich gezogen! Das Gleiche gilt für die Märsche, sie werden einmal in den Nachrichten erwähnt und dann sind

andere Themen dran. Wir müssen weitere Schritte tun und Verbindungen aufbauen.“ Routine vermeiden. Unberechenbar werden.

In wenigen Monaten haben die Gelbwesten der Regierung über 17 Milliarden Euro abgerungen. Hunderttausende Menschen marschierten durch die Straßen, viele Einkaufszentren wurden blockiert, die Champs-Élysées verwüstet, Geschäfte mussten während der Zeit des Schwarzen Freitags geschlossen werden. Einige – wie die Coopérative politique écologie sociale – sahen darin „einen beispiellosen Streik, der besonders wirksam gegen den Konsumismus war“.

Auch die Insel Réunion war mehrere Tage lang gelähmt. Eine Gelegenheit, „Wachstumsschwund zu erleben“, hieß es ironisch auf der unabhängigen Website Lundi Matin: „Weniger Autos auf der Straße, Konsum auf das Notwendigste beschränkt, Urlaub für viele Einwohner der Insel ... Sie sagten Katastrophe?“

„Es ist wahr, dass wir uns neben ihnen wie Teddybären fühlten, als wären wir ein wenig harmlos“, sagt Antoine, ein junger Klimademonstrant in Paris, der zwischen den beiden Mobilisierungen pendelte.

Die Gewalt gegen die Demonstrationen der Gelbwesten hat jedoch die Durchlässigkeit zwischen den beiden Bewegungen begrenzt. Organisationen, die gegen die globale Erwärmung kämpfen, haben nie zu einer Demonstration mit den Gelbwesten auf den Champs-Élysées aufgerufen. Die Einladungen gingen immer in eine Richtung.

„Debatten über den Einsatz von Gewalt oder Gewaltlosigkeit durchziehen jeden Kampf“, sagt Jon Palais. „Unter den Gelbwesten wie unter den Umweltschützern. Das an sich ist kein Element der Trennung zwischen beiden Bewegungen.“

Aber eigentlich haben die großen Demonstrationen unabhängig voneinander stattgefunden. Außer ein paar Mal in den Regionen. Es muss gesagt werden, dass die Regierung alles getan hat, um den Zusammenschluss zu verhindern. Am 8. Dezember 2018 forderte die Präfektur Paris die Umweltschützer auf, ihren Marsch abzusagen – sie wollte sich auf die Repression der Gelbwesten konzentrieren. Am selben Tag verbot der Präfekt von Nancy den Klimamarsch. Die Umweltschützer haben dennoch demonstriert und ein spontanes Zusammenkommen mit Gelbwesten fand auf dem Place Stanislas trotz der CRS-Kordons statt.

„Objektiv gesehen haben wir es nicht geschafft, massenhaft zusammenzukommen“, meint rückblickend Alma Dufour von der Organisation „Amis de la Terre“. „Während der Demonstrationen haben wir ein Zusammenkommen nicht geschafft. Wir fanden punktuell bei kleineren Aktionen zusammen“, sagt sie. Insbesondere bei Blockaden von Amazon. „Im Laufe des Jahres haben Aktivisten mit unterschiedlichem Hintergrund an über zwanzig solchen Aktionen teilgenommen.“

Nach und nach wurden Verbindungen geknüpft. Am 9. März 2019 besetzten Mitglieder von Alternatiba und der Gelbwesten vorübergehend die Jenaer Brücke, zusammen mit Priscillia Ludo-

sky. In Aix-en-Provence teilt sich Extinction Rebellion (XR) einen Raum mit den Gelbwesten. In Toulouse haben sie manchmal eine gemeinsame Versammlung. In Lyon organisierte Alternatiba samstags „gelbe Kinder mädchen“, die sich um die kleinen Kinder von Eltern kümmerten, die an Demonstrationen teilnahmen.

Seit Ende des Sommers haben sich die Ereignisse überschlagen. Am 21. September 2019 fanden in Paris am Nachmittag des Klimamarsches, der von der Polizei stark bedrängt wurde, Umweltschützer und Gelbwesten zueinander. Es hatte einen ersten gemeinsamen Aufruf zu einem gemeinsamen Treffpunkt an der Kirche La Madeleine in Paris gegeben. Während der Internationalen Rebellionswoche besetzte XR auch das Einkaufszentrum Paris 2 mit anderen Gruppen der sozialen Bewegungen. Wenige Tage später bauten Gelbwesten eine Hütte auf dem Place du Châtelet.

„Es ist immer noch wenig. Aber wir haben in einem Jahr viele Fortschritte gemacht“, sagt Aurélie Trouvé. „Es ist nun an der Zeit, zur nächsten Phase überzugehen und gemeinsam Vorschläge zu entwickeln, um eine gemeinsame Linie festzulegen.“

Quelle: [reporterre](#), Übersetzung: SiG-Redaktion

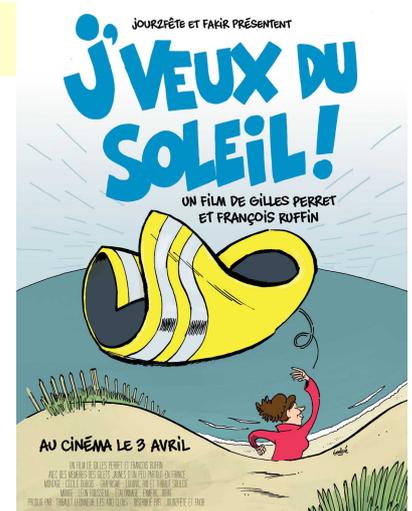
(1) ZAD = „Zone à défendre“ (zu schützende Zone), Anspielung auf die jahrelange und schließlich erfolgreiche Kämpfe gegen den Bau eines Flughafens in Notre-Dame-des-Landes, Westfrankreich. Es wurden immer wieder Besetzungen mit Bau von Hütten und Versammlungsräumen und mit (land)wirtschaftlichen Tätigkeiten durchgeführt, s. dazu SiG 126 und 128

Je veux du soleil/Auch ich will Sonne

Ein Film von Gilles Perret und François Ruffin (2019) OmU

Es ist ein Roadmovie, das einen sehr untypischen Abgeordneten (François Ruffin) auf seinem Weg zu den Gelbwesten auf den Verkehrskreisel begleitet (Dezember 2018). Gezeigt wird das „Frankreich der kleinen Leute“, derjenigen, die nur ihre Arbeitskraft besitzen, die nicht mehr mitmachen wollen und sich aufzulehnen beginnen. Sie drücken Wut, Verzweiflung und Abscheu gegenüber der sozial völlig ignoranten Politik aus, aber auch ein neu entdecktes Selbstbewusstsein und wachsenden Spott gegenüber Regierung, Superreichen und den ihnen ergebenen Medien. Der Film gibt Gelegenheit, über die aktuellen sozialen Proteste in Frankreich zu informieren und diskutieren.

In den nächsten Monaten wird der Film von rund 20 Attac-Regionalgruppen gezeigt: Ludwigshafen (23.1.), Osnabrück (13.2.), München (27.2.), Hamburg (24.3.), Leipzig (27.5.). Weitere Termine: s. PG Europa <https://www.attac.de/kampagnen/europa/aktuelles/>



Wahlen im Vereinigten Königreich

Die SiG-Redaktion hat in den letzten Wochen aufmerksam die Wahlberichterstattung und -analyse in der online-Ausgabe des Guardian verfolgt. Hier eine Darstellung der vielen Facetten, um ein erstes Verständnis des Ergebnisses zu bekommen mit Blick auf die wichtigsten Verlierer: Labour, DUP und Sinn Féin.

Das United Kingdom (Vereinigtes Königreich) hat am 12. Dezember vorgezogene Parlaments-Wahlen abgehalten. Inzwischen hat sich der Nebel gelichtet und die ersten Analysen über das Abschneiden der einzelnen Parteien wurden veröffentlicht (1).

Für uns ist natürlich das Abschneiden der Labour-Partei unter Jeremy Corbyn von großem Interesse gewesen. Corbyn hat inzwischen erklärt, dass er den Weg zur Wahl einer neuen Labour-Führungspersonlichkeit im Frühjahr 2020 frei macht. Um es zusammenzufassen, die Partei hat unter Corbyn das schlechteste Wahlergebnis seit 1935 zu verzeichnen (2).

Viele seit Zeiten ihrer Gründung sicher geglaubten roten Wahlkreise im Nord- und Mittelengland, gingen erstmals in der Geschichte an die Tory-Partei, die Konservativen unter der Führung von Boris Johnson.

Um es vorweg zu nehmen, Analysen, die dieses Abschneiden einseitig mit Brexit oder der Person Jeremy Corbyns oder wahlweise beidem erklären greifen zu kurz. Die Lage ist komplexer wie hier zu zeigen sein wird. Das gilt auch für die Situation in Nordirland, wo sowohl die republikanische Sinn Féin als auch die unionistische DUP Verluste hinnehmen müssen zugunsten der Alliance und SDLP. Auch hier lohnt sich die unterschiedlichen Einschätzungen der Betroffenen anzusehen.

Stimmen zur Wahlniederlage von Labour

Natürlich beherrschte vordergründig das Thema Brexit die Wahlen. Um das mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen noch vor der Weihnachtspause durch das Parlament zu bringen, blieb Premierminister Johnson nur die Chance, durch Neuwahlen am 12. Dezember eine hoffentlich konservative Mehrheit zu erzielen und so die Blockaden der Opposition und in den eigenen Reihen aufzulösen. Seine Losung in dem kurzen Wahlkampf war deshalb das mantra-artig vorgetragene: "Get Brexit done".

Der Brexit-Staatssekretär des Labour-Schattenkabinetts, Keir Starmer, bedauerte gegenüber dem Guardian, dass La-

bour es im Wahlkampf versäumt habe, diesen Slogan als das zu entlarven, was er war, ein falsches Versprechen. Denn nach dem 31. Januar, dem Austritt des UK aus der EU, gehe es erst richtig los, da dann die Uhr für das Verhandeln eines Freihandelsabkommen tickte. Starmer hätte Johnsons Slogan argumentativ auseinander nehmen können, wie er es auch so oft in den Unterhausdebatten getan hatte. Allein, die Kampagnenführung von Labour entschied, dass Starmer zu dessen Bedauern so gut wie keine Medienauftritte im Wahlkampf hatte, weil er ein bekennender Remainer ist und die Brexit-Frage vermieden werden sollte (3). Labour hatte sich entschieden zum Thema Brexit die Position zu kommunizieren, dass ein zweites Referendum, für das Starmer stand, unterstützt werden würde, dass der Parteivorsitzende Corbyn sich jedoch neutral gab. Hätte eine klare Positionierung etwas geändert? Die Abgeordnete Jess Philipps (Birmingham Yardley, einem Leave-Wahlkreis, Phillipps ist für den Verbleib in der EU) kommentierte die Frage nach dem Brexit als Wahlentscheidung so: „Überall, wo ich meine Kampagne führte, hörte ich dasselbe: Es ging weniger um den Brexit als um den Verlust des Glaubens an die Wirkungsmacht von Labour. In diesen Orten, wo seit Generationen Labour gewählt wurde, glaubten die Menschen nicht, dass eine Labour-Regierung für sie eintreten würde oder könnte. Sie trauten uns nicht. Sie trauten den Tories ebenso wenig, aber hier ging es nicht um das Gefühl das Vertrauen verloren zu haben.“(4)

Aus der Sicht von Michael Chessum, einst Mitglied der Steuergruppe in Momentum und später Begründer der Grasswurzel-Bewegung „Another Europe is Possible“, hat Labour es im Wahlkampf nicht ausreichend geschafft das [politische Manifest der Partei](#) und dessen Politik angemessen zu kommunizieren und es hingenommen mit unpopulären Schlagzeilen konfrontiert zu werden. Chessum kritisiert auch Corbyns Zurückhaltung zu Themen wie Immigration und Parteireform. Hier sieht er vor allem die Rücksichtnahme auf Unite-Gewerkschaftsführer Len McClusky. Der Einfluss der Gewerkschaft auf die Partei als wichtiger Geldgeber spiegelt sich auch in

dem Umgang mit den rund 90 bekannten Fällen, in denen sich Parteimitglieder dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt sahen (5). Im April 2018 hatte Corbyn in der Zeitung Evening Standard erklärt, dass es in der Labour-Partei mittlerweile eine Anzahl von Mitgliedern gebe, die antisemitische Positionen vertreten. Zuvor waren innerhalb von 14 Tagen mehr als 20 Mitglieder ausgeschlossen und weitere Fälle untersucht worden. Corbyn hatte bei einem Treffen mit den Sprechern zweier jüdische Gruppen zugesagt, dass er alles unternehmen werde, um dem Antisemitismus in der der Partei jeden Boden zu entziehen. Jedoch erfüllte er nicht die Forderung die gesamte Arbeitsdefinition von Antisemitismus zu übernehmen (6), die das Plenum der Internationalen Allianz zum Gedenken an den Holocaust (IHRA) auf der Tagung in Bukarest 2016 formuliert hatte (7). Die Beziehung zwischen Labour und den jüdischen Gemeinschaften in Großbritannien war bislang eine historisch enge gewesen. (8).

Peter Kyle, der Abgeordnete für Hove, der im vergangenen Parlament zusammen mit anderen Anträge der Labour-Hinterbänker einbrachte, sieht den Brexit daher als politische Krise, die die Schwäche im Management der Parteiführung der Labour-Partei offenlegte. „Neue Mitglieder kamen in Scharen und wollten eine freundlichere Politik, sie wurden aber betrogen durch eine autoritäre Parteikultur, Mobbing und organisatorische Inkompetenz“, sagte er gegenüber dem Guardian (9)

Die Abgeordnete Shabana Mahmood (Mitglieder des Netzwerkes Labour Together, 2015 gegründet) meint, ähnlich wie Jess Phillips, dass Labour nun in seiner Reflexion unbequemen Wahrheiten nicht ausweichen dürfe. Dazu gehöre für sie das Eingeständnis, dass die Partei Fehler gemacht habe und nicht die Wähler und dass dazu gehöre, sich die gesamte Politik und die Zusammensetzung von Labour anzuschauen, um jenen gerecht zu werden, die seit drei Jahren das Gefühl hätten, von einer Partei im Stich gelassen zu werden, die mit bitterem innerparteilichem Streit beschäftigt sei und den Kontakt zu denen, die sie eigentlich repräsentierten wollen, verloren habe (10).

Mit dem Verlust zur Wählerbasis argumentiert auch die Abgeordnete für Wigan, Lisa Nandy: Sie behauptet: „Für sich genommen sind die einzelnen politischen Vorschläge in dem Manifest beim Wähler auf eine positive Resonanz gestoßen, aber als Gesamtpaket entsprach es nicht den Bedürfnissen der Wählerschaft“, so die Rückmeldungen in ihrem Wahlkreis. Die Menschen so der Tenor wollten Hilfe zur Selbsthilfe bekommen, um sozial aufsteigen zu können. Sie plädiert dafür den Menschen zuzuhören, um so ihre Bedürfnisse kennenzulernen (11).

Für die Mitglieder aus der so genannten Millenium-Generation, die 2015 in großer Zahl in die Partei eintraten aus Begeisterung über den Linksruck und die damit verbundene Aufbruchstimmung unter Corbyn, ist nun der Punkt ohne Wiederkehr erreicht. Nach der vierten Wahlniederlage für Labour in Folge dazu, sind viele der unter 30-Jährigen Mitglieder nun der Überzeugung, dass es mit dem nächsten Vorsitz auch einen Politikwandel geben müsse (12).

Um der Komplexität der Ursachen für die verlorene Wahl sowie den unterschiedlichen Bewegungen innerhalb der Labour-Partei dabei gerecht zu werden, wird jetzt ein Analyse-Komitee eingerichtet. Geleitet wird es von Ed Miliband, der 2015 die Wahlen gegen David Cameron verloren hat sowie seiner einstigen Wahlkampfmanagerin Lucy Powell. Die Gruppe, der Angehörige aller Bewegungen innerhalb Labours angehören, werden aber keine Empfehlungen für eine neue Labour-Führungspersonlichkeit geben, so Miliband (13).

Corbyn genießt vermutlich noch immer die Unterstützung vieler der 550 000

Mitglieder von Labour, die über eine neue Parteiführung abstimmen werden (14). Als aussichtsreichste Kandidaten werden Rebecca Long-Bailey und Keir Starmer behandelt. Long-Bailey vertritt dabei die Corbyn-Linie während Starmer für ein eigenes Profil steht, das allerdings mit der klaren Remain-Position bei einem Teil der Wähler auch nicht unumstritten ist. Doch wird dem ehemaligen Menschenrechtsanwalt am ehesten zuge-
traut, dass er die Fähigkeit besitzt, die unterschiedlichen im Streit miteinander befindlichen Gruppierungen innerhalb der Partei zu versöhnen. Sienna Rodgers, die Redakteurin der Online-Plattform LabourList schrieb am 26.12. einen Meinungsartikel zur aktuellen Führungsdebatte innerhalb der Partei und potentiellen KandidatInnen (15). Außer Long-Bailey und Starmer sind noch andere im Rennen. Es wird erwartet, dass nach der Weihnachtspause die endgültige Bewer-
bende feststehen.

Nordirland

Mit großer Mehrheit hatten sich die Nordiren bei dem Referendum für den Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen. Entsprechend hoch waren vor der Wahl die Erwartungen bei Sinn Fein (der momentan wichtigsten gesamtirischen Partei), dass die Wähler sich für sie entscheiden werden und bei der DUP, dass ihre Bemühungen die Union mit Großbritannien zu erhalten bei ihrer Stammwählerschaft in der protestantischen Gemeinschaft entsprechend anerkannt werden würde. Beide Parteien sahen sich jedoch getäuscht. Sie sind zwar nach wie vor die führenden Parteien mit 30 bzw. 22 Prozent aller Stimmen, doch

sie mussten Einbußen hinnehmen. Die DUP verlor 5,4 Prozent ihrer Stimmen und zwei ihrer Abgeordnetensitze im Parlament von Westminster und Sinn Fein sogar 6,7 Prozent der Stimmen. Sowohl die DUP als auch Sinn Fein haben nach der Wahl schnell reagiert und das Ergebnis als Antwort des Wählers auf den fast dreijährigen Stillstand im Stormont, dem Regionalparlament vor den Toren Belfasts begriffen und noch vor Weihnachten einen ersten Versuch unternommen, das Regionalparlament wieder zu beleben.

Der erstmalige Stimmenzuwachs für die gemeinschaftsübergreifende Alliance-Partei wird zudem als Zeichen der Zeit verstanden, dass das alte Lagerdenken eines Tages überwunden werden kann und aktuell, vor dem Hintergrund des Brexit, dass die Interessen der Nordiren auch von den gewählten Abgeordneten in Westminster wahrgenommen werden. Sinn Fein-Abgeordnete weigern sich den Eid auf die britische Monarchie abzulegen und können damit nicht ihren Sitz im Parlament einnehmen (16).

-
- (1) hier geht es zu dem amtlichen Endergebnis in deutschen Medien: [Spiegel](#) und [Süddeutsche Zeitung](#)
 (2) [Guardian](#) (3) [Guardian](#)
 (4) [Guardian](#) (5) vgl. [Guardian](#)
 (6) [Guardian](#) (7) [holocaustremembrance](#)
 (8) Lesen Sie zu dem in der Linken kontrovers diskutierten Thema auch auf der Website [NachDenkSeiten](#)
 (9) [Guardian](#) (10) [Guardian](#)
 (11) [Guardian](#) (12) [Guardian](#)
 (13) [Guardian](#) (14) [Guardian](#)
 (15) [Guardian](#) (16) [Guardian](#)

Zusammenstellung für SiG: Sabine Gondro

Rebecca Long-Bailey: Eine ehrliche Debatte darüber, warum wir verloren haben »Wir müssen das Vertrauen zurückgewinnen«



Im Jahr 1979, dem Jahr, in dem ich geboren wurde, löste Margaret Thatchers Wahlsieg den Angriff auf die Organisationen und Communities der Arbeiterklasse unseres Landes aus. Die Bande,

die uns zusammenhielten, und die Institutionen, auf die wir stolz waren, wurden zerpfückt.

In meiner Kindheit und Jugend musste ich mit ansehen, wie die Freunde meines Vaters ihren Job verloren. Sie arbeiteten bei Shell in der Raffinerie – einst ein Leuchtturm guter Löhne und sicherer Arbeitsplätze für die Industriearbeiter in unserer Gegend. Der Betrieb wurde dicht gemacht, und meine Familie war gezwungen, umzuziehen. Wir hatten zunächst Glück, aber auch in seinem neuen Betrieb setzte sich die Vernichtung von

Arbeitsplätzen mit unverminderter Geschwindigkeit fort.

Bei meinen ersten Job – bei einem Pfandleiher – bekam ich mit, wie Menschen gezwungen waren, Familienerbstücke zu versetzen, um ihre Kinder ernähren zu können. Und jetzt, als Abgeordnete, habe ich die verheerenden Auswirkungen in unseren Gemeinwesen gesehen, die eine konservative Regierung nach der anderen bewirkt hat.

Die Dezemberwahl war eine historische Chance, das Blatt zu wenden. Aber

im ganzen Land, auch in vielen der von der Austeritätspolitik am härtesten getroffenen Gebieten, sind wir gescheitert. Der Brexit hat das Land tief gespalten und unsere Kompromisslösung überzeugte zu wenige. Aber wir können dem Brexit nicht allein die Schuld geben. Wir müssen anerkennen, dass es nicht ausreicht, die richtigen Lösungen zu haben, wenn die Menschen nicht daran glauben, dass man sie umsetzen kann.

In den nächsten Monaten müssen wir eine ehrliche Diskussion darüber führen, warum wir verloren haben und wie wir gewinnen können. Die in »Westminster« – in der Partei- und Fraktionsführung und in der Fraktion – entworfenen, teils divergierenden Strategien haben ihren Anteil daran. Aber es trifft auch zu, dass die Unterstützung für Labour in vielen Communities schon seit einem Jahrzehnt oder auch noch länger rückläufig ist.

Wir müssen das Vertrauen wieder aufbauen, nicht nur in unsere Partei, sondern in die Überzeugung, dass Veränderung wirklich möglich ist. Das bedeutet, dass wir nicht zu der Politik der Vergangenheit zurückkehren können. Unsere transformative Agenda ist begründet und populär. Das Weichspülen unserer Programmatik würde uns nur zurückwerfen.

Es bringt uns auch nicht voran, wenn wir an unserem innerparteilichen »Dreifrontenkampf« festhalten, den Querelen zwischen den uns assoziierten Gewerkschaften, den lokalen Parteiorganisationen mit unseren Individualmitgliedern und der Parlamentsfraktion. Aus der Niederlage sind eine Vielzahl von Lehren zu ziehen. Doch es ist offensichtlich, dass wir nicht deswegen verloren haben, weil wir das jetzige System der Sozialhilfe grundlegend ändern, die Investitionen in öffentliche Dienstleistungen stärken oder Studiengebühren abschaffen wollen.

Das politische System, das unser Gemeinwesen in all seinen Verzweigungen über Jahrzehnte hinweg zurückgeworfen hat, ist nicht mehr in der Lage, einen Ausweg zu finden. Es ist an uns, diese Wende herbeizuführen. In der Tat müssen Reichtum und Macht zu den Menschen zurückkehren, und ihr Wunsch nach Kontrolle über ihr eigenes Leben und über die Zukunft ihrer Communities muss im Mittelpunkt unserer Agenda stehen. Genauso brauchen wir mutige, transformative Lösungen sowohl zur Umkehr des sinkenden Lebensstandards als auch zur Bekämpfung der Klimakrise.

Zusammen mit Aktivist*innen, Gewerkschaften und Expert*innen habe

ich mich für die Pläne unserer Partei für eine grüne industrielle Revolution eingesetzt, um die Klimakrise durch Investitionen in gute, gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze und mit der Reindustrialisierung unserer Regionen in allen Landesteilen zu bekämpfen. Das wird das Wachstum neuer Branchen ankurbeln und garantieren, dass die auf erneuerbarer Energie basierenden Zukunftstechnologien, von Elektrofahrzeugen bis hin zur Solarenergie, für jeden Haushalt in Großbritannien verfügbar sind. Diese radikalen Veränderungen kann nur die Labour-Bewegung bewirken.

In den nächsten Jahren ist es unsere Aufgabe, eine breite Basis der Unterstützung zu erneuern, die uns wieder auf einen Regierungskurs bringt. Diese Arbeit muss sofort beginnen. Von ehemaligen Bergarbeitern in Blyth Valley bis hin zu Migrant*innen in Brixton, von kleinen Unternehmen in Stoke-on-Trent bis hin zu Selbständigen in Salford müssen wir unsere Communities in ihrer ganzen Vielfalt wieder vereinen. Großbritannien blickt auf eine lange Geschichte von Patriotismus zurück, der im Arbeitsleben verwurzelt ist und der auf Einheit und auf Stolz auf die gemeinsamen Interessen und das gemeinsame Leben aller beruht.

Diese Geschichte ist internationalistisch: wie 1862, als die Fabrikarbeiter in Lancashire Abraham Lincolns Politik zur Abschaffung der Sklaverei und die deswegen verhängte Blockade gegen den Baumwollexport aus den amerikanischen Südstaaten unterstützten. Um erfolgreich zu sein, müssen wir diesen fortschrittlichen Patriotismus und diese Solidarität in einer Form wiederbeleben, die dem modernen Großbritannien gerecht wird.

Während Boris Johnson alleinerziehende Mütter diskreditiert und muslimische Frauen mit Bankräubern vergleicht, müssen wir für den Stolz auf unsere Communities, für die Würde der Arbeit und für ein gemeinsames Ziel, das die Zivilgesellschaft im ganzen Land vereint, eintreten.

Sowohl auf die Gewerkschaften als kollektive Mitglieder der Labour Party als auch auf jedes einzelne Mitglied in den Parteiorganisationen vor Ort kommt es bei der Entscheidung über unseren weiteren Weg an. Sie sind es, die in den Betrieben und in der Zivilgesellschaft verwurzelt sind. Sie bringen ihren Reichtum an Wissen und ihre Erfahrung bei uns ein. Diese Verbindung können wir nicht mehr als eine garantierte Selbstverständlichkeit betrachten.

Unser Versprechen, die Gesellschaft zu demokratisieren, wird hohl klingen, wenn wir nicht einmal unsere eigene Partei demokratisieren können. Wir dürfen die Debatten nicht länger bevorzugt auf der parlamentarischen Ebene führen, abgeschottet von der Arbeitswelt und dem gesellschaftlichen Leben in den Nachbargemeinschaften und Gemeinwesen. Die Partei als Organisation muss Mitglieder und Gewerkschaften unterstützen, die sich gegen die Anschläge der Tories wehren – auf Migrant*innen, auf die Schwachen in unserer Gesellschaft und auf unsere öffentlichen Dienste.

Um das Vertrauen zurückzugewinnen, müssen wir vor Ort stärker präsent sein; die Labour-Bewegung muss nicht nur im Zentrum, sondern im Herzen der Communities ihren Platz finden, um echte, konkrete Veränderungen herbeizuführen, und zwar lange vor der nächsten Parlamentswahl.

So können wir die Voraussetzungen schaffen, die Mehrheit für uns zu gewinnen. Aber zuerst muss unsere Partei ihre internen Probleme überwinden. Wir sind am stärksten, wenn wir als eine pluralistische Labour-Bewegung zusammenstehen. Mit diesem Ziel beabsichtige ich, als Vorsitzende zu kandidieren und bei der Wahl der Parteispitze Angela Rayner als stellvertretende Vorsitzende zu unterstützen.

Parteiführung heißt kollektive Verantwortung bei der Organisation der Kooperation aller Teile unserer Labour-Bewegung. So können wir die Gesamtheit der Fähigkeiten unserer Partei ausschöpfen, um die Konservativen auf Schritt und Tritt zu bekämpfen und den Weg der Labour Party zurück an die Macht zu ebnen. Millionen, die am Morgen nach der Wahl vom 12. Dezember erwachten, wähten sich in einem Albtraum. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich das nicht wiederholt.

Rebecca Long-Bailey ist Labour-Abgeordnete für den Wahlkreis Salford und Eccles (Greater Manchester) und seit Februar 2017 wirtschaftspolitische Sprecherin (»Schatten-Ministerin für Wirtschaft, Energie und Industriestrategie«) der Labour-Fraktion.

Der hier dokumentierte Beitrag erschien unter dem Titel »[We can take the Labour Party back into power](#)« zuerst im Guardian vom 30.12.2019.

Quelle: [Sozialismus](#)

Keir Starmer

Für wirtschaftliche, soziale und Klimagerechtigkeit

Keir Starmer konnte in der ersten Wahlrunde die höchste Zahl der Stimmen von Labour-Abgeordneten aus sich vereinigen. Im Guardian veröffentlichte er am 15. Januar einen Meinungsartikel, mit dem er sich positioniert. SiG hat den Artikel ins Deutsche übertragen.

Labour kann wieder gewinnen, wenn wir uns moralisch für den Sozialismus einsetzen

Ich wurde schon immer von dem brennenden Wunsch motiviert gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu kämpfen, aufzustehen für die Machtlosen gegen die Machtvollen. Das ist mein Sozialismus. Wenn ich etwas sehe, das falsch ist oder ungerecht will ich das in Ordnung bringen. Das ist der Grund, warum ich 20 Jahre gegen die Todesstrafe weltweit gekämpft habe, warum ich gegen den Irak-Krieg marschiert bin und warum ich die Rechte der Opfer häuslicher Gewalt als Direktor der Staatsanwaltschaft verteidigt habe.

Die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten von heute sind offensichtlich: eine radikale Labour-Regierung wird dringender denn je benötigt. Ungleichheiten – wenn es um Macht, Bildung, Gesundheit und Reichtum geht – sind in unserer Gesellschaft tief verwurzelt.

Eine Generation von Kindern, inklusive meiner eigenen, hat niemals eine Zeit kennengelernt ohne Obdachlosigkeit auf unseren Straßen. Die öffentlichen Dienstleistungen wurden durch Einschnitte dezimiert, so dass Schulen nun die Eltern um Geld anbetteln müssen und kranke Patienten auf den Krankenhausfluren liegen. Der Tory-Angriff auf die Wohlfahrt hat Menschen ihrer Würde beraubt. Die Zukunft unserer Kinder wird zu oft dadurch bestimmt, wo sie geboren wurden, welche Klasse, Ethnie und Geschlecht sie haben. Wir können nicht an diesen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten vorbeigehen.

Labour hat die Wahlen verloren. Aber der moralische Kampf gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeit muss weitergehen. Wir müssen diesen Kampf gegen einen Premierminister führen, der keine Überzeugung oder Prinzipien hat. Unsere Argumente müssen im Parlament geführt werden und wir müssen sie ebenfalls ins Land tragen – in die Kommunen, die wir in der Wahl verloren haben und deren Vertrauen wir zurückgewinnen müssen.

Während wir die Lehren aus unserer Niederlage ziehen, müssen wir uns unermüdlich auf die Zukunft konzentrieren. Wir können wieder gewinnen, wenn wir uns moralisch für den Sozialismus einsetzen, einen moralischen Sozialismus, der für das tägliche Leben der Menschen und die Herausforderungen relevant ist, denen wir uns auf dem Weg in die 2020er und 2030er Jahre stellen müssen. Dabei gibt es drei Grundlagen: wirtschaftliche Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit. Ich glaube, die freie Marktwirtschaft hat versagt. Sie lässt zu viele Menschen zurück und hat die krasse Ungleichheit verschärft. Wir sollten für ein neues Wirtschaftsmodell plädieren, das diese Ungleichheit verringert, die Gewerkschaften unterstützt, den Menschen eine echte Stimme am Arbeitsplatz gibt und es den Kommunen ermöglicht, zu gedeihen.

Die Argumentation, dass etwas gut für die Wirtschaft, aber schlecht für die Umwelt sein kann, muss beendet werden. Wenn es schlecht für die Umwelt ist, dann ist es schlecht für die Wirtschaft. Wir sind die Partei des grünen New Deal, und das muss bei allem, was wir sagen und tun, fest verdrahtet sein. Unternehmen, Investoren und Verbraucher haben eindeutig ihre Rolle zu spielen, aber nur eine entschlossene Führung durch die Regierung kann dies ermöglichen. Großbritannien kann ein Beispiel geben, das weltweit führend ist, aber nur dann, wenn man sieht, dass es eine internationale Allianz zur Beendigung der Klimakrise schmiedet.

Auf unserem Weg nach vorn müssen wir weiterhin die Partei sein, die sich gegen Austerität wendet, die gemeinsame Verantwortung unterstützt und sich für Investitionen in unsere öffentlichen Dienstleistungen einsetzt. Wir müssen unseren NHS angemessen finanzieren und verteidigen und für ein Sozialfürsorgesystem plädieren, das die skandalöse Vernachlässigung älterer und behinderter Menschen angeht. Wir müssen für eine radikale Dezentralisierung der Macht an unsere Nationen, Regionen, Städte und Gemeinden plädieren. Viele Menschen im ganzen Land sind verständlicherweise frustriert,

weil Entscheidungen über sie getroffen werden, ohne sie. Wir müssen den Griff brechen, in dem Westminster unsere Politik hält, und Entscheidungen in die Hände unserer Gemeinden legen.

Es gibt zwei Elemente, um Labour zu sein. Erstens, jedem eine anständige Ausbildung, den bestmöglichen Job, einen besseren Lebensstandard und ein erfülltes Leben zu ermöglichen. Der freie Markt hat in diesem Bemühen versagt. Wir müssen kämpfen, um Reichtum, Macht und Möglichkeiten in die Hände aller zu legen. Das zweite Element ist ebenso wichtig. Nicht immer läuft das Leben der Menschen so, wie sie wollen. Das habe ich bei allen Arbeiten, die ich je gemacht habe, aus erster Hand gesehen. Die Arbeit sollte immer an der Seite der Menschen stehen. Das System der sozialen Sicherheit sollte anständig, stark und unzerbrechlich sein, mit der Würde im Herzen. Das bedeutet es, Labour zu sein.

Man kann nicht gegen Ungerechtigkeiten vorgehen, Ungerechtigkeiten korrigieren oder Leben verändern, wenn man keine Wahlen gewinnt. Ich stehe an der Spitze der Labour-Partei, weil ich gewinnen will. Endlose Tory-Regierungen sind nicht unvermeidlich. Eine andere Zukunft ist möglich, aber wir müssen als Partei und als Bewegung zusammenkommen, um dafür zu kämpfen.

Die Werte von Labour sind meine Werte: Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Würde für alle. Die Arbeiterschaft kann die nächste Wahl gewinnen, wenn wir diesen Werten treu bleiben, uns als Bewegung zusammenschließen und uns mit Zuversicht auf die Zukunft konzentrieren. Und wenn wir gewinnen, dann nicht für uns selbst, sondern für all jene Gemeinschaften, die uns jetzt mehr denn je brauchen – und für alle, die in einer besseren Welt leben wollen.

Übertragung des [Guardian-Artikels](#): SiG Redaktion, Sabine Gondro

Keir Starmer (Jahrgang 1962) ist der Unterhausabgeordnete für Holborn and St Pancras in London.

Sir Keir Starmer entstammt einer Londoner Arbeiterfamilie (seine Eltern waren Werkzeugmacher und Krankenschwester), die stolz war durch ihre Arbeit ihrem Sohn ein Studium der Rechtswissenschaften zu ermöglichen. Nach seinem Studium arbeitete er als Menschenrechtsanwalt. 2002 wurde er zum Kronanwalt ernannt. Er war von 2008-2013 Direktor der Staatsanwaltschaft und Leiter der Kronanwaltschaft und wurde für seine Arbeit dort 2014 von der Queen zum Ritter geschlagen, so dass er sich Sir nennen darf.

Weitere Infos zum Rennen um den Labour-Vorsitz

Bei Redaktionsschluss von SiG gab es folgenden Stand im Rennen um den Parteivorsitz: Nach der ersten Runde, in der die Kandidaten mindestens 23 Nominierungen der Labour-Parlamentarier

brauchten gibt es folgendes Ergebnis: Keir Starmer (88), Rebecca Long Bailey (33), Lisa Nandy (31), Jess Phillips (23) und Emily Thornberry (23) (<https://labour.org.uk/people/leadership-2020-nominations/leadership-2020/>).

In der nun folgenden zweiten Runde müssen die Kandidierenden entweder die Unterstützung von 5% der lokalen Labour-Parteien im Land erhalten (33 insgesamt) oder von mindestens 3 der Labour angeschlossenen Organisationen (davon mindestens 2 Gewerkschaften) als Kandidat nominiert werden, um so auf die 5 % der nötigen Stimmen zu kommen. Insgesamt geht es um rund 2 Millionen Stimmen bei der 5-Prozent-Klausel. Die Nominierungen der Organisationen enden am 14. Februar. Gegenwärtig sind 12 Gewerkschaften und 20 sozialistische Organisationen Labour angeschlossen. Sie stellen auf der Partei-

konferenz 50 Prozent der Stimmen, die anderen 50 Prozent kommen von den Parteimitgliedern. Insider sagen, dass die größten Chancen für Kandidaten bestehen, wenn sie wenigstens eine der fünf mitgliederstärksten Gewerkschaften hinter sich haben: Unite, Unison, Usdaw, GMB und CWU ([Guardian](https://www.guardian.co.uk)). Für Keir Starmer sprachen sich bereits die zweitgrößte Gewerkschaft Unison sowie die sozialistische Umweltorganisation SERA aus. Rebecca Long-Bailey wird von der Spitze von Momentum unterstützt werden wie schon Jeremy Corbyn, die Gruppierung wird versuchen, ihre Mitglieder für Long-Bailey als Spitzenkandidatin zu mobilisieren.

Wir halten unsere Lesenden in der SiG-Werkstatt über den weiteren Verlauf der Wahlen auf dem neuesten Stand. (Die Redaktion)



Auf dem Weg zur Weltmacht - Deutschlands globale Interessen und Machtansprüche Antikriegs-Kongress - Samstag, 1. Februar 2020 - 11:00 bis 21:00 - DGB-Haus, München

Veranstalter: Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in Kooperation mit der GEW-München

Dr. Werner Ruf (Professor für Internationale Beziehungen) : Die Rückkehr Deutschlands auf der Weltbühne. Deutschlands „Neue Macht und neue Verantwortung“. Die Achse Berlin-Paris und die Militärmacht EU.

Karin Leukefeld (Nahost-Korrespondentin): Regime Change, Sanktionen und Handelsblockaden - Teil der globalen Kriegsführung.

Lühr Henken (Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag): Die Explosion der Militärausgaben Deutschland, die deutsch-französischen Großwaffenprogramme und Rüstungsexporte.

Jacqueline Andres (IMI-Informationsstelle Militarisierung, Tübingen): Der Krieg gegen die Flüchtlinge. Die Abschottung Deutschlands und der EU, der Flüchtlingsdeal mit der Türkei und die Migrationsabwehr in Afrika.

19 – 21 Uhr – Abschlussveranstaltung Alternativen und Widerstand zu Aufrüstung und Krieg
Podiumsdiskussion mit den Referenten und Aktivisten aus der Antikriegsbewegung

<https://www.sicherheitskonferenz.de/Antikriegs-Kongress-SIKO-1.2.2020>

alles muss sich ändern
GEGEN KRIEG
UND UMWELTZERSTÖRUNG

ANTI SIKO DEMO
SA, 15. FEB.
MÜNCHEN 2020
13⁰⁰ STACHUS

www.sicherheitskonferenz.de www.antisiko.de **AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ**

Aufruf zu den Protesten gegen die „Münchener Sicherheitskonferenz“ am 15. Februar 2020

Alles muss sich ändern!

Nein zu Krieg und Umweltzerstörung!

Mitte Februar versammelt sich wieder eine erlesene Schar internationaler Rüstungslobbyist*innen und Kriegspolitiker*innen in München, um ihre Geschäfte voranzubringen. Diese "Sicherheitskonferenz" dient nicht Frieden und Abrüstung, sondern fördert Militarismus und Gewalt, in einer immer bedrohlicheren internationalen Lage. Es ist wichtig, dem deutlich wahrnehmbaren Protest auch in München entgegenzusetzen.

Dies leistet seit Jahren das Bündnis zur Demonstration.

<https://www.sicherheitskonferenz.de/> [Flyer](#)

Europäische Union

Elisabeth Klatzer, Kai J. Lingnau, Etienne Schneider, Alexandra Strickner und Valentin Schwarz

Militarisierung, Abschottung und grüne Symbolpolitik

Was von der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen zu erwarten ist

Elisabeth Klatzer, Kai J. Lingnau, Etienne Schneider, Alexandra Strickner und Valentin Schwarz sind bei Attac Österreich aktiv. Der Artikel entstand aus dortigen Diskussionen und basiert auf dem Artikel »Die Zukunft der EU: Soldaten, Stacheldraht und Überwachung« von Alexandra Strickner, Kai J. Lingnau und Valentin Schwarz

Der Antritt der neuen EU-Kommission unter Ursula von der Leyen fällt in eine Zeit des Umbruchs. In den letzten Jahren war die Erweiterung des neoliberalen Wirtschaftsregimes der bestimmende Faktor der EU-Politik. Maßnahmen wie der Fiskalpakt, das Europäische Semester oder der Europäische Stabilitätsmechanismus haben dazu geführt, dass Staaten zu Einschnitten bei Sozialleistungen, Löhnen und Arbeitsrechten gezwungen waren. Diese Politik hat die Wirtschaftskrise verschärft und dazu geführt, dass die EU an Unterstützung verloren hat. Die neoliberale EU-Wirtschaftspolitik wird vor diesem Hintergrund zwar fortgesetzt werden, der Schwerpunkt der europäischen Integration verlagert sich aber hin zur Sicherheits-, Migrations- und Geopolitik. Das zeigen auch die bisherigen programmatischen Ankündigungen der neuen EU-Kommissarin Ursula von der Leyen deutlich. Wirtschaftspolitisch ist in den kommenden Jahren im Inneren weniger mit einem Ausbau als mit einer verstärkten Durchsetzung des bestehenden neoliberalen Vertragswerks zu rechnen: eine strengere Durchsetzung der neoliberalen Budgetregeln sowie die »Vollendung« der Bankenunion und des Deregulierungsprojekts Binnenmarkt etwa. Ein Beispiel dafür ist der vorerst gescheiterte Versuch der EU-Kommission, sich ein Vetorecht gegen neue Regulierungen von Dienstleistungen bis hinunter auf die Gemeindeebene zu verschaffen. Deutschland wiederum möchten den »Rettungsschirm« ESM in einen europäischen Währungsfonds umwandeln, der zwischenstaatlich organisiert ist und die Staaten noch kompromissloser als die EU-Kommission zu Einschnitten bei öffentlichen Leistungen drängen soll. Nach außen hin ist eine Fortsetzung der bisherigen expansiven Handelspolitik zu erwarten. So verhandelt die EU-Kommission seit 2018 die Gründung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs, der die Paralleljustiz für Konzerne auf

internationaler Ebene institutionalisieren würde. Auch treibt sie weitere Abkommen nach dem Muster von CETA voran, wie aktuell etwa das EU-Mercosur-Abkommen (siehe Seite 11) oder TTIP 2.0. »Wann immer notwendig, sollten wir unsere Handelsschutzinstrumente in vollem Umfang nutzen. Und wir müssen sicherstellen, dass wir unsere Rechte durchsetzen, gegebenenfalls mit Sanktionen, wenn andere die Lösung eines Handelskonflikts blockieren«, so von der Leyen. Gleichzeitig wird in der Kommission allerdings eine protektionistischere Industriepolitik vorbereitet. Geänderte Wettbewerbsregeln, öffentliche Investitionen und Schutzzölle sollen helfen, europäische Schlüsselindustrien und Champions aufzubauen und sie in der Triadenkonkurrenz mit den USA und China zu unterstützen.

Aus Hoffnung wird Angst

Die progressiven Parteien kritisieren zwar einzelne dieser wirtschaftspolitischen Vorhaben, aber sie wagen es kaum, grundsätzliche Fragen anzusprechen, die das Wirtschaftssystem oder die EU betreffen. Das nutzt die extreme Rechte, die Unzufriedenheit auf Themen wie Migration und Sicherheit umlenkt. Parteien der politischen Mitte wollen die neoliberale Wirtschaftsweise, die sie selbst in den EU-Verträgen fest verankert haben, nicht antasten. Stattdessen übernehmen sie Positionen der extremen Rechten und europäisieren sie. Sie ersetzen schrittweise ihre langjährige Politik und Erzählung der Hoffnung, die EU würde Wohlstand, Freiheit und Demokratie bringen, durch eine Politik und Erzählung der Angst, etwa vor Kriminalität, Terror, Krieg oder Migration. Von der Leyen rechtfertigt ihre Projekte für die EU etwa so: »Die Welt von heute fühlt sich immer unsicherer an. Bestehende Mächte beschreiten allein neue Wege. Neue Mächte entstehen und etablieren sich.« Der Jurist und Politikwissenschaftler Lukas Oberndorfer spricht von einem »eu-

ropäischen Sicherheitsregime«, an dem die politischen Eliten arbeiten. 2016 formulierten die EU-Regierungschef*innen in ihrer Erklärung von Bratislava: »Wir benötigen die EU, um nicht nur Frieden und Demokratie, sondern auch die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten.« Anschließend kündigten sie eine Reihe von Maßnahmen an, die Flüchtlinge aus Europa fernhalten, die Überwachung in der EU verschärfen sowie die militärische Zusammenarbeit ausbauen sollen. Von der Leyen beruft sich auf die »Verteidigung unserer Grundwerte« und den »Schutz des europäischen Lebensstils«, womit imaginäre Bedrohungsszenarien ganz im Stile der Rechtsextremen verstärkt werden. Daraus folgt unsere These, dass in den nächsten Jahren die folgenden drei Schwerpunkte die Politik der neuen EU-Kommission dominieren werden.

Die EU-Armee

Das neue Lieblingsprojekt der politischen Eliten auf dem Weg zu einem europäischen Sicherheitsregime ist der Aufbau einer EU-Armee. Auch die neue Kommissionspräsidentin ist Fürsprecherin einer EU-Armee, sie will eine echte Verteidigungsunion mit der NATO als Eckpfeiler und spielt auch hier mit der Angst, um die Aufrüstung zu begründen: »Die Sicherheitsbedrohungen nehmen immer vielfältigere Formen an und sind unvorhersehbar. Schwere und akute hybride Bedrohungen sind längst Realität.« Hinzu kommt: Mit dem Vereinigten Königreich scheidet ein langjähriger Blockierer europäischer Militärintegration aus der EU aus. Wesentliche Schritte dorthin sind bereits getan: Der European Defence Fund (EDF) stellt für die Entwicklung neuer Waffensysteme und militärischer Infrastruktur im neuen Finanzrahmen (2021-27) Milliarden zur Verfügung – aus dem EU-Budget, obwohl Artikel 41(2) des EU-Vertrags das verbietet. Die EU-Kommission hat allein für den EDF 13 Milli-

arden Euro vorgesehen, ein Vielfaches davon aus anderen Töpfen wie Forschung und Infrastruktur. Von der Leyen will das Budget noch weiter erhöhen. Die Schaffung einer neuen Generaldirektion für Militärindustrie passt ins Bild. Alle diese Schritte sollen die »strategische Autonomie« und »Souveränität« der EU im Bereich von Militärtechnologie in der Triadenkonkurrenz stärken. In diesem Sinne versteht sich die neue Kommission auch explizit als eine »geopolitische Kommission«.

Im Militärbündnis PESCO (siehe ak 645) verpflichten sich 25 von 28 EU-Staaten seit 2017 zur regelmäßigen Erhöhung ihrer Ausgaben für Waffen und Militärforschung sowie zur Beteiligung an EU-Kampfruppen. Wofür die EU-Armee einmal eingesetzt werden könnte, lässt beispielsweise die »New Strategic Agenda 2019-2024« vermuten. Die EU solle ihren Einfluss in der Welt »entschlüsseln und effektiver« ausüben, heißt es dort. Alle Politikbereiche müssten genutzt werden, um »den europäischen Interessen in Wirtschaft, Politik und Sicherheit zum Durchbruch zu verhelfen.« Nur so könne die Trägerin des Friedensnobelpreises »anderen Weltmächten gleichberechtigt gegenüberreten.« Mehrheitsentscheidungen sollen die Durchsetzung der militär- und außenpolitischen Interessen zum Aufbau der EU als Großmacht beschleunigen.

Stacheldraht nach außen, Überwachung nach innen

Rechtsextreme Forderungen übernehmen und europäisieren: Nirgendwo wird diese Strategie der politischen Eliten so klar wie beim Thema Flucht und Migration. Als »Best Practice« gilt der Deal mit der Türkei, die gegen Bezahlung verhindert, dass Flüchtende aus Syrien und anderen Krisengebieten die Grenze in die EU überschreiten. Die Folge: »Willkürliche Verhaftungen, unmenschliche und entwürdigende Lebensbedingungen und Verletzungen der Flüchtlingskonvention«, wie Amnesty in einem Bericht festhält, sowie Deportationen in Kriegsgebiete. Nach diesem Vorbild will die EU nun Migrationspakete mit zahlreichen Herkunfts- und Transitstaaten schließen. Auch von der Leyen betont, dass diese stärkere Zusammenarbeit mit Drittländern entscheidend ist.

In Libyen bezahlt die EU bereits eine Milizen-Küstenwache dafür, Flüchtende an der Überfahrt nach Europa zu hindern und sie in libysche Lager zu verschleppen. Wie ein UN-Bericht festhält, kommt es dort regelmäßig zu Hinrichtungen,

Folter und Versklavungen – unter direkter Beteiligung der EU-finanzierten Milizen. Im Juni 2018 beschlossen die Regierungschef*innen, in Zukunft eigene Lager außerhalb der EU errichten zu wollen (so genannte »Ausschiffungsplattformen«). Die EU-Grenzagentur Frontex, die schwere Menschenrechtsverletzungen deckt und selbst begeht, soll bis spätestens 2027 von 1.500 auf 10.000 Mitarbeiter*innen aufgestockt, ihr Budget verfünffacht werden – nach Wunsch von der Leyens sogar noch rascher.

Zugleich nimmt die Überwachung der Menschen innerhalb der EU weiter zu. Schon 2017 beschlossen die Regierungschef*innen den Aufbau eines elektronischen Ein- und Ausreisystems. Laut dem zuständigen Kommissar soll dieses alle in der EU lebenden Menschen biometrisch erfassen und per Kamera identifizierbar machen. Direkt nach der EU-Wahl im Mai dieses Jahres erteilten die Innen- und Justizminister*innen der Kommission den Auftrag, die bereits mehrfach vom Europäischen Gerichtshof untersagte Vorratsdatenspeicherung weiterzuverfolgen und mit den USA über gegenseitigen Datenzugriff zu verhandeln. Wiederum wird Angst vor »schwerer Kriminalität und Terrorismus in Europa« geschürt, um eine Rechtfertigung zu konstruieren.

Klima – Symbolpolitik in der realen Krise

Das Klima ist das Thema der Stunde. Die immer dramatischeren Auswirkungen der Klimakrise und der Druck der sozialen Bewegungen wie Fridays for Future zwingen es auf die politische Agenda. Ursula von der Leyen kündigte in ihrer Bewerbungsrede vor dem EU-Parlament Mitte Juli einen »Green Deal für Europa« an. Die bisher bekannten Eckpunkte legen nahe, dass es sich dabei eher um Scheinmaßnahmen und leere Versprechungen handeln wird. Die CO₂-Reduktions-Ziele gehen nicht weit genug, um den Klimakollaps aufzuhalten, und sind mit den genannten Maßnahmen nicht zu erreichen. Eine ernsthafte Klimapolitik ist nicht zu erwarten, denn diese müsste etliche Grundpfeiler der neoliberalen EU umwerfen: die Austeritätspolitik, die öffentliche Investitionen hemmt; die Agrarpolitik, die industrielle statt nachhaltige Landwirtschaft fördert; die Handelspolitik, die maximalen Warenverkehr ohne Rücksicht auf ökologische Verluste vorantreibt und mit hohen Transportemissionen verbunden ist; oder die Verkehrs- und Energiepolitik, die Konzern-

interessen vor Klimaziele stellen.

Perspektiven: Wieder in die Offensive kommen

Wir erwarten jedoch, dass zivilgesellschaftlicher Widerstand und die immer spürbareren Auswirkungen der Erderhitzung den Druck deutlich erhöhen werden. Die politische Herausforderung besteht jetzt darin, diesen Widerstand mit einer Kritik an den neoliberalen Grundpfeilern der EU zu verbinden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass sich progressive Kräfte aus der ideologischen Identifikation mit der EU lösen. »Mehr Europa« bedeutet unter den existierenden Kräfteverhältnissen eine Verschärfung des neoliberalen Wirtschafts- und Sicherheitsregimes. Nur allzu oft reiht sich die Linke bereitwillig in ein undefiniertes »pro-europäisches« Lager ein, in dem das neoliberale Establishment den Ton angibt. Den Rechten wird so das Monopol auf grundsätzliche Kritik an der EU überlassen.

Progressive müssen ihre konkreten politischen Ziele in den Mittelpunkt stellen, nicht »die EU«, und sich dann fragen, wie sie diese Ziele erreichen wollen. Für jedes Feld wird eine andere politische Ebene der richtige Ansatzpunkt sein. Der Weg über die EU kann bei einzelnen Projekten zielführend sein. Andere Ziele werden nur an der EU vorbei oder gegen sie durchsetzbar sein. Eine fundamentale Reform der EU, wie sie viele Progressive anstreben, wird von den EU-Verträgen de facto verunmöglicht.

Damit progressive Kräfte wieder in die Offensive kommen, sollten wir unter anderem auf »strategischen Ungehorsam« und neue europäische Kooperationsformen setzen: Falsche EU-Regeln sollten umgangen oder gezielt politisiert und gebrochen werden, wo sie der Umsetzung progressiver Projekte im Wege stehen – etwa bei der Rekommunalisierung öffentlicher Infrastruktur. Damit Gemeinden, Städte und Regionen diesem Konflikt standhalten können, müssen sie zugleich europaweit kooperieren. Die EU hat kein Monopol auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Nur mit einem nüchternen Blick auf die EU und neuen Strategien kann es progressiven Kräften gelingen, emanzipatorische Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit voranzubringen.

Attac Österreich: Türkis-Grün: Zu viel für Reiche, zu wenig fürs Klima – Kritische Analyse der Wirtschaftspolitik der türkis-grünen Regierung – 8 Seiten

PG Europa von Attac Deutschland

EU: neue Führung, alte Probleme

Zur Lage der EU bei Amtsantritt der neuen EU-Kommission

27. November 2019

1. Im Wahlkampf für das EU-Parlament im vergangenen Mai gelang es den etablierten Parteien und den staatstragenden Medien mit einer massiven Mobilisierung den Eindruck zu erwecken, als ob nach einem Jahrzehnt Mehrfachkrisen eine Trendwende bevorstünde. Die Wahlbeteiligung stieg, und die FAZ konnte zufrieden feststellen: „Die aufrüttelnde Zuspitzung und historische Dramatisierung im Wahlkampf – Stichwort Schicksalswahl – mag manchen übertrieben vorgekommen sein. Doch es hat die beabsichtigte Wirkung gehabt.“ (1)

2. Doch die Ernüchterung kam rasch. Das Spitzenkandidatenmodell, zuvor dafür gerühmt, dass die EU demokratisierbar sei, wurde mit einem Federstrich aufgehoben und die Kommissionspräsidentschaft von Macron und Merkel auf alte Weise entschieden. Es bestätigte sich, was Macron 2017 selbst festgestellt hatte: „Jene die in Europa an der Spitze standen, ... haben die Methode angewandt, die Jahrzehnte lang gut funktioniert hatte, nämlich Europa unter sich auszumachen.“ (2)

3. Da Konservative und Sozialdemokraten keine parlamentarische Mehrheit mehr haben, werden Entscheidungsprozesse langwieriger und schwieriger. Damit wird das Parlament – in der Machtarchitektur der EU-Institutionen ohnehin schon auf dem untersten Rang – an politischer Bedeutung verlieren, wie die Entscheidung um den Kommissionsvorsitz zeigt.

4. Inzwischen verstehen immer mehr Menschen, dass EU-Wahlen nicht einmal demokratische Mindeststandards erfüllen:
- sie waren zwar frei und geheim, aber nicht gleich. Wer z.B. hier die Plattform der linken EU-Kritiker von La France Insoumise, PODEMOS oder der nordischen Linksparteien wählen wollte, konnte das nicht, weil die Wahlen nach nationalen Spielregeln durchgeführt werden;
- das gleiche gilt für die Sperrklauseln. Während bei uns schon ein halbes Prozent für einen Sitz genügte, galt anderswo die Fünfprozenthürde;
- das Prinzip „Ein Mensch eine Stimme“

gilt nicht. In den bevölkerungsreichen Ländern braucht es für einen Sitz im EP 10 Mal mehr Stimmen als in Malta.

5. Diese Demokratiedefizite kommen auf die strukturellen Demokratieprobleme oben drauf, nämlich:

- es fehlen die wichtigsten Funktionen eines Parlaments: Gesetzesinitiative und Budgethoheit,
- es gibt in der EU keine Gewaltenteilung,
- die wichtigen Entscheidungen folgen den „verborgenen Mechanismen der Macht“ (Bourdieu), d.h. einer informellen Hierarchie mit Frankreich und Deutschland an der Spitze. Aber selbst wenn diese Probleme gelöst würden, bliebe immer noch der neoliberale Konstitutionalismus, d.h. die quasi-verfassungsmäßige Festschreibung des Neoliberalismus in den Verträgen und seine Umsetzung im Binnenmarkt mit dessen Privilegierung der Kapitalinteressen. Die strukturelle und rechtliche Privilegierung der Kapitalinteressen zeigt sich exemplarisch in den Freihandelsverträgen. Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten und Kommunen werden zugunsten der Profitinteressen von Investoren systematisch eingeschränkt. Eine grundlegende Alternative zur praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre nur durch einstimmige Änderung der Verträge durchzusetzen. Eine Illusion – zumindest solange man sich an die Verträge hält.

6. Mit Ursula von der Leyen wurde eine Politikerin zur Kommissionschefin gekürt, deren oberste Priorität ist, die Militarisierung voranzutreiben und die EU in der entstehenden multipolaren Weltordnung und angesichts der Konflikte mit den USA als Weltmacht zu etablieren. Sie bezeichnet ihre neue Kommission daher als „geopolitische Kommission.“ Um die Sehnsucht nach Größe und Macht zu stillen, wurde sogar extra ein neues Ressort geschaffen. Allerdings treffen die Versuche, „strategische Souveränität“ (Macron) zu erlangen, auf massiven Widerstand. Nicht nur die USA, auch Polen und die baltischen Länder setzen lieber auf die „hirntote“ NATO (Macron) als auf eigene militärische Fähigkeiten der EU.

7. Sollten die Prognosen zum Wahlausgang in Großbritannien zutreffen, wird das Land am 31. Januar 2020 die EU verlassen. Der Brexit bedeutet nicht einfach nur, dass ein Mitgliedsland von 28 austritt. Die britische Wirtschaft ist die zweitgrößte der EU und weltweit die fünftgrößte. Vom ökonomischen Gewicht her bedeutet das so viel, als ob die im BIP-Ranking hinteren 18 Volkswirtschaften austreten würden. Zudem ist das Land Atommacht, was leider einen besonderen Status im internationalen System verleiht, sowie ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Die größte Herausforderung für Brüssel könnte aber noch kommen. Dann nämlich, wenn das Vereinigte Königreich nach dem Brexit nicht den angekündigten Niedergang erleben sollte. Denn das würde potenziellen Nachahmern zeigen: es geht auch ohne EU.

8. Eine weitere Priorität der neuen Kommission ist der Ausbau der „Festung Europa.“ Da es für eine humane Migrationspolitik keinen Konsens gibt, ist die Festigung der Außengrenzen das Einzige, auf das man sich noch einigen kann. Das Ressort für Migration heißt jetzt „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ – eine Formulierung, die einen klaren Rechtsruck im Umgang mit Flucht und Migration signalisiert. So wird jetzt versucht, mit „europäischer Lebensweise“ eine euronationalistische Identitätsbildung von oben zu betreiben.

9. Als weitere Priorität will von der Leyen einen Green Deal. Das soll gut klingen. Angesichts der heterogenen Interessenlage zwischen Polen mit seiner Steinkohle, der französischen Abhängigkeit von AKWs, der weitgehend der Anarchie des Marktes überlassenen „Energiewende“ in Deutschland und dem Streit um russisches Gas dürfte hier noch weniger herauskommen als beim jüngsten deutschen Klimapaket.

10. Auch die Auseinandersetzung um den Haushaltsrahmen 2021–2027 zeigt, dass Klimapolitik, gemessen an den realen Herausforderungen, keine Chance hat. Bisher hat jedes Land mit 1% seines BIP zur Finanzierung der EU beigetragen (NB: NATO-Ziel für Militär ist 2%). Wenn der Wegfall des britischen Beitrags

kompensiert werden soll, wird es auf jeden Fall für alle teurer. Dazu kommen jetzt noch die zusätzlichen Mittel für die weitere Militarisierung (PESCO), etwa die 13 Mrd. Euro für den sog. „Verteidigungsfonds.“ Prompt bleibt das Budget 2020 unter dem Ziel, 20% für Klimapolitik auszugeben, wie es das Parlament empfohlen hatte. In diesem Green Deal steckt mehr Populismus als Klimapolitik.

11. Zu den zentrifugalen Effekten des Euro, einem der wichtigsten Strukturprobleme der EU, ist nichts zu hören: Der Versuch Macrons, die Eurozone zu stabilisieren, ist bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden. Er wollte dafür „mehrere Prozent des BIP“ – also mindestens 2 Prozent. Das wären 231 Mrd. jährlich. Das jetzt beschlossene „Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ sieht 17 Milliarden vor – über 7 Jahre, d.h. 2,4 Mrd. jährlich, also

0,002% des BIP.

12. Die EU bleibt eine prekäre Konstruktion, die nicht über die politischen, ökonomischen, finanziellen und rechtlichen Instrumente verfügt, um die außergewöhnlichen Krisen unserer Zeit zu lösen. Dauerkrise, muddling through und fortgesetzte Erosion werden daher auch mit von der Leyen weitergehen.

13. Eine zentrale Herausforderung für emanzipatorische Politik ist, sich der Militarisierung und Großmachtspolitik entgegenzustellen. Vor allem aus Sicht des Globalen Südens sind Militarisierung und Großmachtgehebe die Fortsetzung von 500 Jahren Kolonialismus und Imperialismus. Zugleich absorbieren sie die politischen, finanziellen und intellektuellen Ressourcen für die Lösung der Umweltprobleme und die Ausrottung der Armut. Auf keinen Fall darf sich emanzipa-

torische Politik dabei in der Kontroverse NATO/USA versus eigenständige Militärmacht EU auf eine Seite schlagen. Es kommt darauf an, jenseits von Pest und Cholera, für eine demokratische Weltordnung, Kooperation, Entspannung, politische Konfliktlösung, Frieden und Abrüstung zu streiten, darunter für eine gesamt-europäische Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok.

Darüber hinaus sind Kampagnen notwendig, die sich gegen den Neoliberalismus in Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik und gegen Demokratieabbau wehren.

Und es gilt, die Debatte über Grundsatzfragen der Zukunft der EU und emanzipatorischer Alternativen weiterzuführen.

1 FAZ, 27.5.2019. S. 1

2 [elysee](#)

Originaltext: [PG Europa](#)

10 Jahre Lissabon-Vertrag

Vor 10 Jahren trat in Kraft der "[Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007](#)"

(<https://www.attac.de/kampagnen/lissabon-vertrag/einfuehrung/>)

Damals erklärten 14 Attac-Verbände ihre Ablehnung des Vertrags

- Es lohnt sich, diese Erklärung nochmal zu studieren.

13. Dezember 2007

Der Vertragsinhalt - das wird nahezu jeder erkennen - ist zu mehr als 90 Prozent identisch mit dem Verfassungsvertrag von 2004, der im Jahr 2005 von den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs und der Niederlande abgelehnt wurde. Der Hauptunterschied ist, dass der neue Text vollkommen unlesbar ist, indem auf verwirrende Weise etwa 360 Änderungsartikel zum Vertrag von Maastricht (Vertrag über die Europäische Union) sowie zum Vertrag von Rom eingefügt wurden, der bei der Gelegenheit umbenannt wurde in "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union".

Ansonsten finden sich alle Zutaten des Verfassungsvertrags in dem neuen Text wieder: freier Wettbewerb, Preisstabilität, die den Rang eines Ziels der Europäischen Union erhält, Unterwerfung unter die NATO, der Zwang für die Mitgliedsstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern, das Recht auf Einmischung in Drittländern - und so weiter. Die Europäische Zentralbank bewahrt ihre Unabhängigkeit gegenüber den Mitgliedsstaaten, wohingegen das politische Gewicht des Europa-Parlaments nach wie vor im Vergleich zur Kommission und Ministerrat gering ist.

Der große Unterschied gegenüber dem Verfassungsentwurf von 2004 liegt beim Ratifizierungsverfahren: **Diesmal stehen Referenda für die Regierungen erst gar nicht zur Debatte** - es wäre zu gefährlich: Einzig Irland wird ein Referendum abhalten, um Artikel 46 seiner Verfassung zu respektieren. Die anderen Staaten werden den Weg über das Parlament gehen, um eine möglichst rasche Ratifizierung des Vertrags sicherzustellen. Der Ärger darüber ist groß bei den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs und der Niederlande, die ihr Votum von 2005 mit den Füßen getreten sehen. Dasselbe gilt für die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens, die sich 2006 in einem Referendum äußern sollten, wo aber nun keine Volksabstimmung mehr vorgesehen ist. Der Ärger macht sich - ebenso wie in den anderen EU-Ländern - auch in Deutschland, Österreich, Belgien und Dänemark breit. Die Bürgerinnen und Bürger möchten mitbestimmen können und nicht länger vom Bau des europäischen Hauses ausgeschlossen werden. **Deshalb fordern die europäischen Attac-Organisationen, dass der Vertrag von Lissabon in jedem einzelnen EU-Mitgliedsland Gegenstand eines Referendums wird. Dies ist der einzige Weg,**

um den Graben, der zwischen der europäischen Elite und den Bürgerinnen und Bürgern aufgerissen worden ist, zumindest ein wenig zu verkleinern. (...)

Zum Weiterlesen:

Attac Verbände sagen NEIN zum EU-Reformvertrag (Okt. 2007), [SiG-Bibliothek Nr.4](#)

Die EU, eine imperiale Großmacht? - von **Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater** ([SiG 62](#))

Bernard Cassen: Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon wird verheerende Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in demokratische Prozesse haben. ([SiG 65](#), S. 25)

Alternativen?

Attac-Verbände (2007): 10 Prinzipien für ein demokratisches Europa [SiG-Bibliothek Nr.4](#) ab S. 12

Attac Frankreich (2007): „Europa zu einem alternativen Pol machen“, [SiG 57](#)

Ein Europa des Friedens, der Arbeit und der Solidarität – Erklärung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland (2007), [SiG 57](#)

JULIAN ASSANGE - Info kompakt

Wir fordern die sofortige Freilassung und Asyl für den Journalisten Julian Assange

Verstoß gegen Menschenrechte und UN-Antifolterkonvention

In Großbritannien findet zurzeit hinter verschlossenen Türen ein juristischer Willkürakt, Verstoß gegen die Menschenrechte und gegen die UNO-Antifolterkonvention statt, der an Grausamkeit kaum zu überbieten ist.

Julian Assange - WikiLeaks-Gründer und Journalist

Der mehrfach ausgezeichnete Journalist und WikiLeaks-Gründer Julian Assange ist nach siebenjährigem Asyl in der ecuadorianischen Botschaft seit 11. April 2019 im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh/London inhaftiert.

Gefoltert und lebensbedrohend erkrankt

Er wurde über Jahre hindurch und ist auch jetzt noch psychologischer Folter ausgesetzt.

Der Gesundheitszustand von Julian Assange ist äußerst kritisch, offiziellen Stellungnahmen des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen zum Thema Folter – Prof. Nils Melzer – zufolge sogar lebensbedrohend.

Auslieferungsverfahren an die USA

Am 24. Februar 2020 beginnt in London der Auslieferungsprozess gegen Julian Assange.

Die Vorwürfe: WikiLeaks-Veröffentlichungen zum Irak-Krieg, darunter das Video „Collateral Murder“:

In den USA ist der Journalist nach den Veröffentlichungen von 391.832 Berichten und Videos (Iraq War Logs), die unter anderem Gewalt- und Gräueltaten amerikanischer Soldaten gegen Zivilisten und Journalisten im Irak-Krieg dokumentieren, wegen des Vorwurfs der Verschwörung und Verstoßes gegen das Anti-Spionage-Gesetz in 17 Punkten angeklagt.

Im Falle einer Verurteilung drohen ihm dort bis zu 175 Jahre Haft.

Die Anklage gegen Julian Assange stellt einen schweren Verstoß gegen die Pressefreiheit dar

International bedeutende Medien und Journalisten-Vereinigungen wie der Österreichische Journalisten Club, vertreten durch Präsident Prof. Fred Turnheim, der Europäische Journalisten-Verband (EFJ), die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU), Reporter ohne Grenzen, PEN International ... sind sich einig, dass die Anklage gegen Julian Assange einen massiven Angriff auf die verfassungsmäßig garantierte Pressefreiheit darstellt und der Journalist sofort freizulassen ist.

Das Auslieferungsverfahren ist illegal

Der UN-Sonderberichterstatter Prof. Melzer sieht in dem aktuellen Verfahren gegen den WikiLeaks-Gründer schwere

Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und erklärt, dass die Auslieferung an die USA keine legale Basis habe (s. Video ab 2:00 min.).

Monatelange Folter im Hochsicherheitsgefängnis

- Julian Assange verbringt derzeit 23 Stunden täglich in Isolationshaft – in einer 2 x 3,4 Meter großen Zelle (Zitat Assange).
- Jeglicher Kontakt zu Mitgefangenen ist ihm untersagt.
- Er hat keine Möglichkeit, auf Dokumente und Unterlagen zuzugreifen, um sich auf den Auslieferungsprozess vorzubereiten.
- Ein Computer mit Internetanschluss wurde ihm verwehrt, obwohl er ihn dringend braucht, um Kontakt zu seinen Anwälten zu halten, zu recherchieren oder Erklärungen für seine eigene Verteidigung und den Auslieferungsprozess vorzubereiten.
- Seine weitere Inhaftierung und die Haftbedingungen sind weder menschenwürdig noch angemessen und widersprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in mehreren Punkten.

Folter-Vorwürfe des UN-Sonderberichterstatters Prof. Nils Melzer

Der UN-Sonderberichterstatter Prof. Nils Melzer verlangt die sofortige Freilassung von Julian Assange und den Stopp des Auslieferungsverfahrens an die USA. Den alarmierenden Appell Melzers im Rahmen der öffentlichen Anhörung „Medien unter Beschuss – Feldzug gegen Wikileaks und investigativen Journalismus“ im Deutschen Bundestag vom 27. November 2019, finden Sie [hier](#).

So können Sie helfen

Tagesaktuelle Berichte und Petitionen zu/für Julian Assange finden Sie in der Facebook-Gruppe „Freedom for JULIAN ASSANGE! NOW!“

Bitte setzen Sie sich für die Freilassung von Julian Assange ein – zum Beispiel, indem Sie den Offenen Brief von Journalisten aus 91 Nationen mit unterzeichnen.

Zitat aus dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Prof. Nils Melzer

„In den 20 Jahren meiner Arbeit mit Opfern von Krieg, Gewalt und politischer Verfolgung habe ich noch nie erlebt, dass sich eine Gruppe demokratischer Staaten zusammengeschlossen hat, um ein einzelnes Individuum so lange und unter so geringer Berücksichtigung der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit bewusst zu isolieren, zu dämonisieren und zu missbrauchen.“

Impressum: Ing. Barbara P. Meister – Flyer mit Links

Weitere Informationen, Appelle und Stellungnahmen zu der Inhaftierung von Julian Assange

Internationale Solidaritätsbekundung

von JournalistInnen und Medienschaffenden – [Australische Petition](#)

#Candles4Assange Mahnwachen und Petitionen

Mahnwachen in Österreich

Freedom for JULIAN ASSANGE.
NOW! - [facebook-Gruppe](#)

Der Österreichische Journalisten Club (ÖJC), die europäische Journalistenorganisation Association of European Journalists (AEJ) sowie die weltweit tätige zivilgesellschaftliche Gruppe #Candles4Assange laden gemeinsam zur **Mahnwache in Wien am Sa, 25.1.2020, 16:00-18:00 Uhr** in 1060 Wien, Mariahilfer Strasse Ecke [Barnabiten-gasse](#) ein. Bringt Eure Pressjacken oder Warnwesten!

Humanistische Union **Marburg:**
[Podiumsdiskussion](#) zum Schicksal von Julian Assange am **Donnerstag (23. Januar)** um 19 Uhr.
Die Veranstalter sehen das Leben des Wikileaks-Gründers bedroht.

Eine Delegation französischer Gilets Jaunes nimmt am Sa, 25.1.2020, an [Protesten vor dem Hochsicherheitsgefängnis HMP](#) Belmarsh in London teil.

Radiobeiträge:

Basiswissen über [#JulianAssange](#) und [#WikiLeaks](#) mit Dank an Veronika Ritter [radio%attac](#): Was geschah über die Jahre mit Julian Assange? Was ist WikiLeaks? Beschreibung der US-Kriegsverbrechen im [#VideoCollateralMurder](#) und eine Stellungnahme von [#NilsMelzer](#) zur psychischen Folter an Assange: Julian Assange – der Journalist, der für die Wahrheit büßt: [cba.fro.at](#)

Julian Assanges Hinrichtung auf Raten, [Kommentar](#) von Milosz Matuschek, 13.1.2020 (Deutschlandfunk)

cit. Radio free FM [Radio free FM](#):
«Wie bei unserer Mahnwache am 15.1.2020 um 17 Uhr in der [#Ulmer](#) Fußgängerzone, geht es auch in dieser Sendung um die Forderung, [#JulianAssange](#) aus der Haft zu entlassen.

Denn dieser Journalist sitzt mitten im angeblich demokratischen Europa als [#politischerGefangener](#) in Isolationshaft, unschuldig, unter Folter, jeglicher Menschenrechte beraubt. Das Ganze im Wissen aller europäischen Regierungen! Es geht also schlicht und ergreifend um die Wiederholung der Geschichte von [#HansundSophieScholl](#) im 21. Jahrhundert.»

Gast: Heike Siecke -
Moderation: Friedrich Hog - [HIER](#)

Videos:

cit. Juan Branco, franz. Anwalt von #JulianAssange, in der Botschaft: «Das bin ich mit Assange. Und die Kamera ist der CIA. 2 Jahre systematischer Spionage nach Trumps Wahl, um seine Freilassung zu verhindern. 2 Jahre Bedrohung, Beschattung, versteckte Mikrophone, Einschüchterung, Infiltrationen.» [Mediapart](#) – s. auch [Twitter](#)

Chomsky: Arrest of Assange Is “Scandalous” and Highlights Shocking Extraterritorial Reach of U.S., [Democracy Now](#) – 12.4.2019,

Slavoj Žižek on Julian Assange and why you should care | [DiEM25](#), 13.6.2019,

Buch-Tipp: „In Defense of Julian Assange“ – Das Buch ist dem inhaftierten WikiLeaks-Gründer gewidmet, der vor über sieben Jahren seine Freiheit verloren und nun einen Gesundheitszustand erreicht hat, von dem Dutzende Ärzte meinen, dass er lebensgefährlich sei. Der Umgang mit Assange in Großbritannien, „einem demokratischen westlichen Land“, zeigt laut Westwood, dass es eigentlich „totalitär“ ist, und die vermeintlich freie Presse dem nichts entgegengesetzt.

John Pilger, Die Lügen über Assange müssen jetzt ein Ende haben
[NachDenkSeiten](#)

Iran: Krieg, Bürgerkrieg oder Militärdiktatur?

Die Ermordung von Ghassem Soleimani auf Befehl von Donald Trump war eine offene Kriegserklärung der USA an Iran. Dieser von vielen Kommentatoren geteilten Einschätzung kann man ohne Wenn und Aber zustimmen. Mit der Ermordung des hochrangigen iranischen Generals verfolgen Kriegstreiber und Hegemonialkräfte der USA weiterhin, ihr Projekt des amerikanischen Jahrhunderts voranzubringen. Dazu gehört das Ziel, die vollständige Kontrolle über den Mittleren Osten und dessen für die US-Hegemonie existenziellen Ölressourcen niemals aus der Hand geben zu wollen. Dass die Ermordung des iranischen Generals eine völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Handlung war, steht außer Zweifel. Von **Mohssen Massarrat**. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=57741>

[Jens Berger](#) : Regime Change – die USA spielen in Iran einmal mehr mit dem Feuer
Dossier: <http://www.imi-online.de/category/regionen/mittlerer-osten/iran/>

SiG-Veröffentlichungen: Kein Krieg gegen den Iran! (SiG 132) – US-Air-Base in Ramstein: eine Drehscheibe der globalen Kriegsführung (SiG 129) – Kündigung des iranischen Atomabkommens ist eine weitere Fehlentscheidung der USA - Massarrat: Iran 2018 (SiG 128)

zeitung
gegen den krieg

http://www.friedensratschlag.de/userfiles/downloads/2019/2019-08_zgk_45.pdf



15./16. Februar

Frankfurt am Main

Programm:

<https://www.attac.de/20-jahre-attac>



NEIN zu Kriegsmanövern!
STOPP DEFENDER 2020
 JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung!



Nein zu NATO-Kriegsmanövern Ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Im April und Mai 2020 plant die NATO mit DEFENDER (Verteidiger!) 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges.

Mit insgesamt 37 000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien wird eine neue Dimension militärischer Aktivitäten erreicht. Bis zu 20 000 US- GIs mit entsprechendem schweren Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke.

Kein Platz für NATO-Spiele

Überall auf dem Kontinent demonstrieren Menschen gegen die lebensbedrohende Umweltzerstörung und für die Eindämmung des Klimawandels. Während die Jugend ihre Zukunft einfordert, praktiziert der größte Umweltzerstörer und Klimakiller Militär unbeeindruckt seine Rituale. Die Verhinderung dieses überdimensionierten Manövers wäre ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. **Deutschland** wird mit dem neuen Joint Support and Enable Command der NATO in **Ulm**, den Umschlaghäfen **Hamburg, Bremerhaven** und **Nordham** sowie den Convoy Support Centern in **Garlstadt** (Niedersachsen), in **Burg** (Sachsen-Anhalt) und auf dem sächsischen Truppenübungsplatz **Oberlausitz** südlich von Weißwasser zur Drehscheibe der Transporte.

Operativ zuständig für Transport und Manöver ist das **US-Heereskommando Europa in Wiesbaden**, geleitet wird es über das **EUCOM** in Stuttgart. Datenübertragung und ergänzende Lufttransporte erfolgen über die US-Air Base **Ramstein**. Parallel finden Truppenübungen auf den **US-Übungsplätzen in Grafenwöhr** und **Hohenfels** in Bayern statt. Während der Transporte wird es zu schweren Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs entlang der Transportstrecken kommen. Die Bundeswehr

hat mit der Deutschen Bahn AG eine Vorfahrtsregel für alle Militärtransporte vereinbart.

Die Größe des Manövers und die Örtlichkeit entlang der russischen Westgrenze stellen eine **Provokation** gegenüber Russland dar. Das Manöver birgt die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden von NATO und Russland in sich. Auch der Zeitpunkt wurde nicht zufällig gewählt: 75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus vor allem durch die Rote Armee marschieren wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze auf. **Mit Defender 2020 senden die USA, Großbritannien und Frankreich ein geschichtsvergessenes Signal an den ehemaligen Verbündeten aus der Anti-Hitler-Koalition.**

Das Manöver ist eine erneute Zuspitzung der Konfrontationspolitik von NATO und EU gegenüber Russland, die mit der Osterweiterung der NATO 1990 begonnen wurde und zur Einkreisung Russlands führte. Demgegenüber sollten Entspannungspolitik und freundschaftliche kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde sein. So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada gemeinsam formuliert wurde: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“

Während in Deutschland, Europa und der Welt dringend gewaltige Mittel gebraucht werden, um die aktuellen Menschheitsprobleme zu lösen, wird in allen NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des **Rüstungshaushaltes** auf 2% des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Für die militärische Aufrüstung werden Mittel und Ressourcen verschlungen, die für soziale, ökologische und infrastrukturelle Aufgaben schmerzlich fehlen.

Im „**2 plus 4**“- Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: von deutschem Boden soll

nur Frieden ausgehen. Dies ist auch der Kerngedanke des Grundgesetzes, dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Für diese Ziele treten wir ein und sagen entschieden: NEIN zum NATO -Kriegsmanöver Defender 2020

Wir fordern:

- Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation
- Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen Haus Europa
- konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel

Dafür werden wir überall vor und während des Manövers **demonstrieren – gewaltfrei, aber gewaltig**. Auf den Straßen, Plätzen und Brücken, den betroffenen Bahnhöfen, vor den Truppenübungsplätzen – in Deutschland und international. Mit einer Mahnwachen-Stafette an der gesamten Strecke, rechtlichen Schritten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – kreativ und vielfältig.

Wir wenden uns an alle, die sich Sorgen um den Frieden machen!

Geht mit uns auf die Straßen, protestiert dort, wo ihr arbeitet und lebt! Frieden braucht Bewegung, fangen wir mit diesem defENDER an!



<https://www.friedenskooperative.de/aktion/defender-2020-proteste>

Hinweise auf Aktionen und Materialien

Der Krieg und seine Logistik: [Defender 2020](#)

Jürgen Wagner: Großmanöver Defender 2020: Deutschland im Auge des Sturms, 10.1.2020 [imi-online](#)

Nein zum NATO Kriegsmanöver Defender 2020 – Ergebnisse der Tagung in Leipzig, 24. Nov. 2019 [No-to-nato](#)